

soli extra



Students at work – zweite, neu überarbeitete Auflage

Studis sind Spitze!

Nirgendwo brechen so viele Studierende ihre Ausbildung ab wie in Deutschland. Hauptgrund: Soziale Ungleichheit. Das lässt Gewerkschaften und Studierende zur Interessengemeinschaft werden.

Von **Mirjam Muhs**

Gewerkschaften und Studierende – Berührungspunkte bestehen auf beiden Seiten. Dabei spricht vieles für eine stärkere Annäherung: Einerseits verfolgen Gewerkschaften und studentische Initiativen in bildungspolitischen Fragen die gleichen Ziele. Zum Beispiel: Bildungszugang für alle – ohne Studiengebühren. Andererseits arbeiten immer mehr Studierende nebenbei. So gewinnen Arbeitnehmerrechte für sie an Bedeutung.



Foto: Fotoklick

1,3 Millionen Studis sind erwerbstätig

Von den zwei Millionen Studierenden in Deutschland gehen rund drei Viertel einer Erwerbstätigkeit nach, oft unter prekären Bedingungen. Jobbende Studierende müssen von Gewerkschaften als Beschäftigte mit einem besonderen Schutzbedürfnis wahrgenommen werden. Oftmals wissen die studentischen ArbeitnehmerInnen nichts von ihren Rechten. Eine gute Gelegenheit für die Arbeitgeber, mögliche Deregulierungen am Arbeitsmarkt an studentischen Arbeitsverhältnissen zu testen – und auf den gesamten Arbeitsmarkt auszuweiten.

Nur ein Fünftel machte den Abschluss

Lediglich 19 Prozent eines Altersjahrgangs schloss 2002 ein Studium ab: Laut einer aktuellen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) liegt Deutschland damit weit unter dem von der OECD ermittelten Länderschnitt von 32 Prozent. Notwendig ist eine Öffnung der Universitäten für junge Menschen aus so genannten bildungsfernen Schichten. In kei-

nem Industriestaat hängt der Bildungserfolg der Kinder so sehr vom sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland. Nur zwölf Prozent der Kinder von ArbeiterInnen gelangen an die Hochschule. Gleichzeitig liegt Deutschland mit seiner StudienabbruchInnenquote an der Spitze. Keine idealen Voraussetzungen für die Zukunft der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft.

Diese Soli extra

Diese Soli extra-Ausgabe beleuchtet die unterschiedlichen Facetten studentischer Erwerbstätigkeit – aus Sicht der Studierenden und aus Sicht der Gewerkschaften. Sie zeigt, was Gewerkschaften in Sachen Beratung, Rechtsschutz, Mitarbeit und sogar Studienfinanzierung zu bieten haben. Außerdem befasst sie sich mit der Umstrukturierung der Hochschulen, die sich in den allgemeinen Sozialabbau einreicht. [S](#)

Mirjam Muhs leitet das Projekt »Students at work« in der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes.



INHALT

2 *profile*

Studi für alles: Studentische Jobbiografien
DGB at work

4 *hochschulpolitik*

Fit für die Ausbeutung: Hochschulen werden zu Ausbildungsbetrieben

6 *perspektive*

Bildung = Zukunft: Ein Plädoyer für höhere Ansprüche

7 *selbstorganisation*

Beim Uni-Streik versuchten die Studierenden den Schulterchluss mit Gewerkschaftern

8 *Der »freie Zusammenschluss der studentInnenschaften«*

Angemalt: fzs-Vorstandsfrau Nele Hirsch

9 *wirtschaft + soziales*

Ohne Jobben läuft nichts
Dschungel Arbeitswelt: Was Studierende beachten müssen
»Die machen das Klima kaputt«: Vorurteile gegen Jobber

13 *dgb + stipendien*

Hans-Böckler-Stiftung: Lebensunterhalt, Frei-Abos, Büchergeld

14 *projekte*

Werde Gewerkschaftschef: Das Traineeprogramm der IG-Metall DGB: Hat ihnen das Studium was gebracht, Herr Sommer?

15 *Die Arbeit der studentischen Tarifvertragsinitiative*

Students on air: Ein Radio für Arbeitsfragen in Münster

16 *Das DGB-Jugend-Projekt »Students at work«*

»Klassische Vorfelddarbeit«: Interview mit Campus Office-Mitarbeiter Christian Osinga

18 *Verlinken & Vernetzen: Kooperationsstellen*

Beraten & Mitmachen: Hochschulinformationsbüros

19 *best practise*

Die Zielgruppe: Gewerkschaftliche Einbindung von Studis

20 *immatrikuliert*

Mein (sc)heißester Job
Die Soli aktuell-Umfrage

Studi für alles



Foto: Kirsten Küppers

Wer Andreas Meitner* fragt, was er von Beruf ist, dem antwortet der 33-Jährige: »Student«.

Wenn er dazu aufgelegt ist, erzählt Andreas Meitner vielleicht noch ein paar Sätze mehr: dass er Philosophie und Vergleichende Literaturwissenschaft studiert an der Freien Universität in Berlin, dass alles ein bisschen länger dauert – im 25. Semester ist Andreas Meitner jetzt schon –, dass er sich jetzt bald anmelden will für seinen Magister und dass es ihm selbst ja auch ziemlich peinlich sei, dass er so lange braucht. Und wenn Andreas sein verlegenes Lachen und Schulterzucken dann wieder fallengelassen hat, erklärt er dem Gegenüber meist noch, dass er trotz aller regelmäßig wiederkehrender Abbruchgedanken doch sagen muss, dass es genau

das Richtige sei für einen wie ihn – so ein Studium. Für einen, der die Bücher mag und die Wissenschaft. Und wenn es sich noch zwei Jahre hinzieht an der Universität, dann ist es eben so. Ja, Andreas Meitner sieht sich als Student. Was sollte er auch anderes angeben als Beruf?

Andere Menschen sehen das anders. Die Leute von der Krankenkasse zum Beispiel. Sie führen Andreas Meitner in ihrer Computerkartei keineswegs als Student. Schon lange nicht mehr. Für die Versicherung ist Meitner Lagerarbeiter, Friedhofsgärtner, Produktionshelfer am Fließband, Weihnachtsmann oder Schreibkraft. Seit Andreas Meitner nicht mehr über seine Eltern krankenversichert ist und seine Beiträge selbst zahlen muss, führt ihn die Versicherung als Arbeitnehmer mit geringfügigem Einkommen. Ausschlaggebend für diese Einstufung ist der monatliche Verdienst aus den Jobs, die Meitner macht, um sein Studium zu finanzieren. Und weil das in einem Monat mal mehr ist, im anderen mal weniger, gibt es immer wieder Ärger.

Gerade läuft ein neuer Briefwechsel zwischen Andreas Meitner und der Versicherung: 500 Euro soll Meitner nachzahlen, weil er in den Semesterferien bereits seinen Unterhalt für das kommende Semester verdient hat, plötzlich also eine ganze Menge Geld auf seinem Gehaltszettel stand. Um die Nachzahlung abzuwehren, muss Meitner jetzt Bescheinigungen von seinem Arbeitgeber einreichen, beweisen, dass er nicht jeden Monat so viel nach Hause trägt. Er muss mit den Sachbearbeitern von der

Versicherung telefonieren, sich kümmern, Briefe abschicken. Das alles ist sehr lästig. »Und nur weil die Leute von der Krankenkasse mich nicht als Student akzeptieren«, sagt er. »Das ist doch verdreht.« S

Kirsten Küppers

*Name von der Redaktion geändert

Bis zum Ende

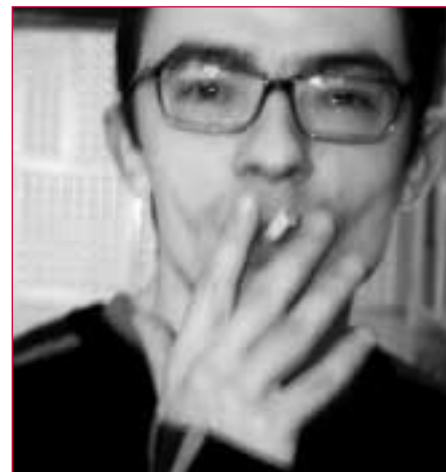


Foto: Kirsten Küppers

Stefan Heinen ist überhaupt nicht zufrieden. Er ist jetzt 33 Jahre alt, und das Studium nimmt kein Ende.

Stefan Heinen studiert und studiert und studiert. 24 Semester hat er nun schon zusammen, die Universität hört nicht auf. Schuld an dieser Misere ist nicht seine Fächerkombination Philosophie, Romanistik und Europäische Ethnologie. Es ist der

DGB at work

Seit Jahren verändert sich die Erwerbslandschaft in Deutschland. Eine deutliche Zunahme hochqualifizierter Berufe wird prognostiziert. Deutschland hat hier gegenüber anderen Ländern einen erheblichen Nachholbedarf und kann in den nächsten Jahren mit einer Zunahme der Studierenden- und der Absolventenzahlen rechnen.

Arbeitnehmer mit Hoch- oder Fachhochschulbildung werden eine bedeutende Gruppe sein, so dass die Gewerkschaften sich in diesem Beschäftigungssegment stärker als bisher engagieren müssen. Wir wollen die späteren Akademiker und leitenden Angestellten bereits während des Studiums ansprechen und zu diesem frühen Zeitpunkt die klassischen gewerkschaftlichen Leistungen wie Arbeits- und Sozialrechtsschutz bieten. Darüber hinaus müssen wir ganz spezielle Angebote entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Studierenden eingehen.

Das Projekt »Students at work« ist eine Antwort darauf, wie wir in Zukunft innovativ und flexibel auf unterschiedliche Zielgruppen zuge-

hen wollen. Wir wenden uns mit unserer zentralen Beratungshomepage an die rund 1,3 Millionen erwerbstätigen Studierenden in Deutschland.

Der Beratungsbedarf bei den Studierenden ist zweifellos vorhanden. Viele der Jobber sind über ihre Rechte im Betrieb nicht aufgeklärt. Auch die Möglichkeiten der Betriebs- und Personalräte sind ihnen nur wenig bekannt. Die Tendenz zur studentischen Erwerbstätigkeit ist steigend, auch weil andere Erwerbsquellen wie BAföG oder Unterhalt der Eltern in den vergangenen Jahren rückläufig oder stagnierend waren. Derzeit sind zwei Drittel der Studierenden auf eine Erwerbsarbeit angewiesen.

Studierende sind eine beachtenswerte Gruppe auf dem Arbeitsmarkt: Viele unterliegen bereits als junge Menschen der Doppelbelastung Studium und Job. Sie arbeiten häufig in Randbereichen des Arbeitsmarktes – als Teilzeitkräfte mit wechselnden Arbeitszeiten und –verhältnissen und lassen sich daher eher auf Zugeständnisse wie späte Arbeitszeiten, Überstunden, Verzicht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaubstage ein. Und sie sind

Trendsetter in der Ausübung neuer, schnelllebigere Berufe.

Für viele Studierende ist Erwerbsarbeit etwas Positives. Wir sehen aber mit Sorge, dass viele Studierende auf eine Erwerbsarbeit angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Hierbei fällt besonders ins Auge, dass Studierende mit »niedriger« sozialer Herkunft häufiger als der Durchschnitt zur Erwerbsarbeit gezwungen sind.

»Students at work« ist eine Dienstleistung für Studierende. Wir sind sicher, dass der Bedarf hoch ist. In Zeiten, in denen häufiger denn je nach dem Nutzen von Mitgliedschaften in Organisationen gefragt wird, sind solche Angebote wichtig. Und wir hoffen, dass diejenigen, die in die Arbeit der Gewerkschaften hineingeschnuppert haben, Spaß daran finden. Dass sie Spaß daran haben, mit uns die Problemlagen zu identifizieren und Konzepte und Strategien zu entwickeln, um Arbeitsbedingungen zu verändern. S

Ingrid Sehrbrock, DGB-Bundesvorstandsmitglied, Abteilung Jugend



leidige Umstand, dass der Mensch in dieser Welt ein Einkommen braucht, damit es zum Überleben reicht. Geld, das auch ein Student erst einmal zusammenverdienen muss, bevor er sich für ein Seminar in die Hochschule setzt.

Stefan Heinen hat schon alles gemacht. Er hat gelernt, Gabelstapler zu fahren am Stadtrand in einer Fabrik, er hat Kisten in Lager geschleppt, er hat Computer zusammengeschaubt. All das hat wenig mit Foucault oder französischer Linguistik zu tun. Aber es hat die Miete bezahlt und das Essen. »Anders wäre es nicht gegangen«, sagt Stefan Heinen. »Die Arbeiterei hat sich halt etwas verselbstständigt.«

Denn wenn man so viel verdienen muss, wie Stefan Heinen, weil von woanders einfach kein Geld herkommt – von den Eltern nicht und auch nicht vom Staat –, wenn man also 80 Stunden im Monat jobbt, dann wird es schwierig mit dem Studieren. Dann wird die Zeit knapp. Dann ist freitags kein Platz für ein Foucault-Seminar, dann ist Freitag der Tag, an dem man für einen guten Stundenlohn bei einer Internet-Firma arbeitet. »Natürlich mache ich da Kompromisse«, sagt Stefan Heinen. »Einfach ist es nicht.«

Früher hat er gedacht, dass er einer wird, der am Schreibtisch sitzt und nachdenkt und schreibt. Inzwischen glaubt Stefan Heinen, dass er sich etwas verbaut hat mit den vielen Jobs, dass alles zu lange dauert, dass es vielleicht nichts mehr wird mit dieser Idee. »Ich habe ja meistens diese technischen Computerarbeiten gemacht«, erklärt er, »nie etwas, dass sich mit den Inhalten meines Studiums deckt«. Trotzdem will Stefan Heinen seinen Magister noch machen. Bald. Er hat das fest vor. »Als über 30-jähriger wird man an der Uni schließlich ziemlich schief angeguckt«, erklärt er. Das Ende des Studiums wird also kommen. Aber wann? »Ich bin realistisch«, sagt Stefan Heinen, »im nächsten Jahr wird das nichts.« S

Kirsten Küppers

Schwanger studiert

Birgit Meyer ist auch für ganze Regionen zuständig: für Küche, Keller, Kinderzimmer.

Aber der Reihe nach: »McDonald's, Hertie oder Kopierzentrum – ich habe immer schon während meines Germanistikstudiums gearbeitet«, sagt Birgit Meyer. Aber dann kam Carlotta, ihre Tochter. Seit vier Jahren ist Birgit Meyer allein erziehend, allein studierend und allein lebend. »Zunächst habe ich versucht, mein Studium zu Ende zu



bringen, Geld zu verdienen und mein Kind zu versorgen.«

Während der Examenzeit bemühte sie sich um Sozialhilfe: »Selbst Studentinnen haben ja zumindest Anspruch auf Mehrbedarf für Alleinerziehende. Dachte ich wenigstens. Der wurde aber in meiner Heimatstadt nicht einmal ausgezahlt.«

Dann wurde auf einmal auch das Wohngeld gestrichen: »So lange der Stütze-Antrag bearbeitet wurde, wollte das Amt nichts mehr rausrücken. Hätte ja sein können, ich betrüge die. Das dauerte inklusive schöner Dinge wie Einspruch und Widerruf mal eben neun Monate. Aber Zeiträume dieser Größenordnung waren mir noch aus der Schwangerschaft her ein Begriff.«

Gelebt hat Birgit Meyer von Rumjobben, Unterhaltsvorschuss und Kindergeld – und nicht zuletzt von Schulden: »Die Sachbearbeiterin im Sozialamt sagte mir, ich solle das Studium doch abbrechen, dann könnte ich ja von Sozialhilfe leben. So wie die anderen auch. Na toll. Solche habe ich selten kennen gelernt. Aber dafür andere, die ihre Kinder mit zur Nachtschicht brachten, weil der weggelaufene Vater des Kinders mit den Alimenten nicht rüberkam.«

Sie bekam schließlich Unterstützung von der Mutter-und-Kindstiftung, einer katholischen Einrichtung. Meyer: »Damit konnte ich dann mein Studium abschließen. Zwar nicht als Beste, aber immerhin!« S

Karl Kuschel

Fit für die Ausbeutung

Von der Öffentlichkeit un-
 bemerkt werden weltweit, in der
 EU, in Deutschland und in den
 einzelnen Bundesländern Bil-
 dungsreformen vorangetrie-
 ben. Hochschulen werden zum
 Ausbildungsbetrieb umstruk-
 turisiert, Bildung als Menschen-
 recht bleibt auf der Strecke.
 Ein Überblick. Von **Klemens
 Himpele**

Bildung ist ein Stützpfeiler der De-
 mokratie. Sie soll den Menschen
 die notwendigen Fertigkeiten, Wis-
 sen und Selbstvertrauen vermitteln. Damit
 ist Bildung eine öffentliche Angelegenheit,
 ein öffentlicher Auftrag.

In erster Linie fehlt's an Geld

Trotz der großen Diskussionen über Inno-
 vation, Forschungsstandort und Pisa ist eins
 in den vergangenen Jahren offenbar immer
 mehr in Vergessenheit geraten: Die Unter-
 finanzierung des Bildungssektors ist dra-
 matisch. So geht die Gewerkschaft Erzie-
 hung und Wissenschaft in einer Studie da-
 von aus, dass der Bildung 20 Milliarden Euro
 jährlich fehlen. Die Konsequenzen an den
 Hochschulen sind so fatal wie bekannt: Se-
 minarplätze werden
 verlost, Hörsäle sind
 überfüllt, und in den
 Bibliotheken fehlen

**20 Milliarden Euro fehlen
 jährlich in der Bildung.**

Bücher. In den Siebzigern hatte die Politik
 beschlossen, die Hochschulen für alle Be-
 völkerungsschichten zu öffnen, um das Bil-
 dungspotenzial auszuschöpfen. Dabei ver-
 gaß man offenbar, die Hochschulausstat-
 tung entsprechend auszuweiten – ein
 Trend, an dem sich bis heute nichts Wes-
 sentliches geändert hat: Einem bundeswei-
 ten Anstieg der StudienanfängerInnenzah-
 len von 11,1 Prozent in den Jahren 1995 bis
 1999 steht ein Anstieg der Zahl der Profes-
 sorInnen von 2,8 Prozent gegenüber. Dabei
 ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben für
 Hochschulen von 1,08 Prozent (1975) des
 Bruttoinlandsproduktes auf 0,87 Prozent
 (2001) gesunken.

Dieser Tatsache und der Funktionsände-
 rung des BAföG sind die langen Studienzei-
 ten zu verdanken, die PolitikerInnen und
 vermeintliche BildungsexpertInnen heute
 permanent als Beweis für die Ineffizienz des
 deutschen Hochschulwesens heranziehen.

In zweiter Linie fehlt's am Willen

Die Argumentation ist hierbei so banal wie



Privatisierung: Bildung als Menschenrecht – bleibt auf der Strecke

Foto: Markus Gloger / Jeker

falsch: Die Probleme der öffentlichen Haus-
 halte werden herangezogen, um die Unter-
 finanzierung zu begründen. Dass öffentli-
 ches Geld vorhanden ist, wird jedoch deut-
 lich, wenn die Investitionen in so genannte
 marktkonforme Hochschulen fließen. So

hatte beispielsweise
 das Land Bremen,
 das seine Hochschu-
 len 1999 mit 400
 Millionen Mark förderte, im gleichen Jahr
 satte 230 Millionen Mark als Anschubfinan-
 zierung für eine Privathochschule übrig. Zu-
 dem ist Deutschland
 als Volkswirtschaft
 heute so reich wie
 nie zuvor. Die massi-

ven Entlastungen der Unternehmen und der
 Spitzenverdiener bei den jüngsten Steuer-
 reformen sorgen jedoch für Löcher in den
 öffentlichen Kassen. Daher ist eine Umkehr
 in der Steuerpolitik dringend notwendig.

Der Markt kommt: Wehret den Anfängen

Noch sind dem Bildungsmarkt in Deutsch-
 land enge Grenzen gesetzt: Öffentliche
 Hochschulen dominieren das Bild, und die
 Studienplatzvergabe in kapazitiven Man-
 gelstudienfächern erfolgt über die Zentral-
 stelle zur Vergabe von Studienplätzen
 (ZVS). Auf allen Ebenen wird jedoch daran
 gearbeitet, dies zu ändern.

In der Bundesrepublik laufen zahlreiche
 politische Prozesse ab, die auf die Vorberei-
 tung oder Errichtung eines Bildungsmarktes

zielen. So ist die Ökonomisierung der Stu-
 diengänge schon durch die zunehmende
 Einwerbung von Drittmitteln gegeben, die
 Lehrstühle in immer größere Abhängigkeit
 von GeldgeberInnen bringen – Drittmittel
 sind Gelder, die die Hochschulen über die fi-
 nanzielle Grundausrüstung ihrer Träger
 hinaus erhalten. Im Jahr 2000 war das die
 Rekordsumme von 2,7 Milliarden Euro, von
 denen allein 900 Millionen von Stiftungen
 und der gewerblichen Wirtschaft aufgebo-
 ten wurden. Der Blick auf die Verteilung
 zeigt einen klaren Schwerpunkt bei den

Fachbereichen, von
 denen ökonomisch
 leichter verwertbare
 Resultate zu erwar-

ten sind: Die mit 212.200 Euro höchsten
 Drittmittelinnahmen je Professorenstelle
 erzielten die Ingenieurwissenschaften. In
 der Humanmedizin waren es 177.600 Euro,
 Mathematik und Naturwissenschaften ka-
 men auf 116.200 Euro. Deutlich weniger Un-
 terstützung erfuhren die Geisteswissen-
 schaften: Rechts-, Wirtschafts- und Sozial-
 wissenschaften erhielten 38.600 Euro,
 Sprach- und Kulturwissenschaften sogar
 nur 30.700 Euro. Darüber hinaus hat Nie-
 dersachsen seine Hochschulen schon in
 Stiftungen überführt, eine Diskussion darü-
 ber findet auch in anderen Bundesländern
 statt. [5]

Der Autor ist Geschäftsführer des Aktionsbündnisses ge-
 gen Studiengebühren (ABS) – beim fzs und Bildungspoli-
 tikreferent des AstA der Universität zu Köln.

Geld und Elite...

...oder Masse und Klasse: Ob Studienplatzvergabe oder Gebührenfreiheit: Die Grundpfeiler eines demokratischen Hochschulsystems wackeln.

Im vergangenen Jahr haben insbesondere die unionsgeführten Bundesländer zahlreiche Prozesse in Gang gesetzt, in denen die letzten Pfeiler eingerissen werden sollen, die den Hochschulen bislang noch eine demokratische Dimension verleihen. Die Abschaffung der Zentralen Vergabestelle von Studienplätzen (ZVS) ist eine Forderung insbesondere Baden-Württembergs. Dies ist insofern logisch, als inzwischen auch die SPD Elitehochschulen fordert; man kann nicht Elite wollen und der Masse via ZVS Studienplätze zuweisen.

Ein weiterer Pflock, der eine völlige Vermarktlichung der Hochschulen verhindert, ist das Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz. Gegen dieses Verbot läuft ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, das über eine Beschwerde unionsgeführter Bundesländer vermutlich Ende des Jahres entschieden wird. Baden-Württemberg und Bayern haben durchblicken lassen, dass sie eine Art Darlehens-

modell für Studiengebühren einführen wollen, das dann als »nachlaufende Studiengebühren« bezeichnet wird.

Damit ist erstmals wieder eine Studiengebühr ab dem ersten Semester in der politischen Debatte. Ähnliche Pläne gibt es auch woanders. So hat das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) zusammen mit der TU München ein Studiengebühren- und Hochschulprivatisierungskonzept vorgelegt, das den Weg hin zu Eliteuniversitäten deutlich beschreibt. Das von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gegründete CHE hat mit der TU München eine Partnerin gefunden, die das Konzept nun zügig umsetzen will.

Kaum verwunderlich ist da die positive Bezugnahme der HRK auf dieses Modell, das Bildung zu einem reinen Investitionskalkül umdefiniert. Die sozialen Belange werden ebenso außer Acht gelassen wie die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen: Durch die Tatsache, dass Frauen im Schnitt deutlich weniger als Männer verdienen, verlängert sich deren Rückzahlungszeitraum für die Gebühren massiv, und es ist insbesondere hier mit einer Verschuldung bis zur Rente zu rechnen.

Den weitesten Schritt in Richtung Bil-

dungsmarkt machen allerdings die SPD-geführten Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Mit ihrem Studienkontenmodell, das über eine Nachfrageorientierung der Hochschulfinanzierung gesteuert werden soll, wird dem Markt Tür und Tor geöffnet: Wenn man die Finanzierung der Hochschulen an einen Marktmechanismus knüpft, die Studienbedingungen parallel durch inhaltliche Schmalspur-Bachelor-Studiengänge zu verkürzen versucht und die Studierenden an der Finanzierung des Studiums beteiligt, dann macht man all das, wogegen sich GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen jahrelang gewehrt haben: Man schafft ein Zwei-Klassen-Bildungssystem, das marktgängige Studiengänge bevorzugt und die Arbeitsverhältnisse des wissenschaftlichen Mittelbaus prekär macht.

Statt sich dagegen zu wehren, reagieren viele Studierende mit dem Rückzug auf sich selbst. Sie sehen das Studium als ganz normale Berufsausbildung, nach der sie möglichst schnell möglichst viel Geld verdienen wollen, und verlieren den weitergehenden Ansatz von Bildung aus den Augen. Auf die Straße bringt man sie nur, wenn ihre Geldbeutel direkt betroffen sind. ☒

KH

Widerstand ist machbar...

...Herr Nachbar: Wer ist eigentlich das »Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) beim fzs«?

Dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren gehören zahlreiche Studierendenvertretungen (ASTen, USTen), SchülerInnenvertretungen, Gewerkschaftsgliederungen, Hochschulverbände, Studierendenräte, Fachschaften, ein Hochschulesenat, Sozialverbände, der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und viele mehr an. Es hat sich zusammengefunden auf der Grundlage des »Krefelder Aufrufs«, in dem ein generelles Gebührenverbot gefordert wird. So heißt es: »Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen«. Auf dieser Basis arbeitet das 1999 gegründete Aktionsbündnis seitdem kontinuierlich gegen die Einführung von Studiengebühren jeder Art. Im Jahr 2000 hat das ABS über 110.000 Unterschriften gegen Studiengebühren gesammelt und der Ministerin für Bildung, Forschung und Wissen-

schaft, Edelgard Bulmahn (SPD), übergeben. Parallel dazu fanden drei große Anti-Gebühren-Demonstrationen in Stuttgart, Köln und Berlin statt. 2002 hat das ABS seine große Kampagne »Gute Bildung braucht Zeit« gestartet. Diese Kampagne richtete sich in drei Phasen gegen Studiengebühren, insbesondere auch gegen die immer populäreren Langzeitstudiengebühren. Im Zuge der Proteste in NRW hat das ABS in einer Unterschriftenaktion mehr als 117.000 Unterschriften gegen Studiengebühren zusammengebracht und am 10. September in Düsseldorf übergeben. Derzeit werden vom ABS in NRW zahlreiche Klagen gegen die Studiengebühren geführt. Darüber hinaus stellte das ABS zahlreiche RednerInnen, DiskutantInnen und Materialien, um den Streik der Studierenden zu unterstützen. Voraussetzung für die Mitgliedschaft im ABS ist die Anerkennung des oben genannten »Krefel-

der Aufrufes«, auf dem die Arbeit des Aktionsbündnisses fußt und der die Mitglieder eint. Es ist jedoch allen möglich, Materialien des ABS zu beziehen. ☒

Kontakt: abs@studis.de
Aktionsbündnis im Netz: www.abs-bund.de

ABS-BROSCHÜREN

Das ABS hat bislang drei Broschüren herausgegeben: »Rahmengesetz statt Staatsvertrag«, »Argumente gegen Studiengebühren. Eine Widerlegung von Behauptungen«, »Gebühren für »Langzeit«-Studierende? Fakten zur Debatte«. Darüber hinaus sind von der halbjährlich erscheinenden »Zeitung gegen Studiengebühren« bisher acht reguläre Ausgaben und eine Sonderausgabe zur sechsten HRG-Novelle erschienen.

Infos: www.abs-bund.de/material/

Bildung = Zukunft

Die Verantwortung für den eigenen Bildungsprozess muss jeder selbst übernehmen. Aber für die Rahmenbedingungen hat der Staat zu sorgen. Ein Plädoyer für höhere Ansprüche. Von Eva-Maria Stange

Wovon eine Bildungsgewerkschaft vor einigen Jahren nur träumen konnte, ist Wirklichkeit geworden: Spätestens seit dem Pisa-Schock steht das Thema Bildung ganz oben auf der politischen Agenda. Bundespräsidenten und der Kanzler befassen sich damit und beschwören die Notwendigkeit von grundlegenden Reformen, Unternehmensberater wie McKinsey legen Konzepte vor. Alle scheinen begriffen zu haben: Bildung ist unsere Zukunft! Und das gilt nicht nur für Deutschland: Internationale und europäische Benchmarks werden entwickelt, der Wettlauf um die besten Bildungssysteme wird angeheizt.

Anspruch und Realität

Doch wer legt eigentlich fest, was ein gutes Bildungssystem ist – die OECD, die Europäische Kommission, McKinsey, die Wirtschaftsverbände? Reicht es zukünftig aus, gute Grundbildung in Literacy, Mathematik und Naturwissenschaften zu besitzen und einer kleinen Spitzengruppe mehr Mittel zuzugestehen? Warum protestieren StudentInnen in Deutschland, warum gehen LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern auf die Straße, warum gibt es Volksentscheide über Kindertagesstättengesetze?

Es gibt derzeit kaum ein Politikfeld, in dem der Widerspruch zwischen erklärtem Anspruch und politischer Wirklichkeit so eklatant auseinander driftet wie in der Bildungspolitik. Den Kürzungen von Hochschuletats auf Bundes- und auf allen Landesebenen folgte die Ausschreibung eines so genannten Wettbewerbs für fünf zu ermittelnde Elitehochschulen. Sollen die wenigen Mittel zukünftig nur konzentrierter eingesetzt werden? Was geschieht dann mit den »Nicht-Harvard«- und »Nicht-Stanford«-Universitäten in Deutschland? Wer US-amerikanische Verhältnisse will, muss schon die ganze Wahrheit zur Kenntnis nehmen. Spitzenleistungen können nur dort gedeihen, wo exzellente Breite von Anfang an gefördert wird. Deutschland hat mit dem flächendeckenden Netz von Hochschulen eine solide Grundlage, die aber mehr und mehr bröckelt. Es reicht daher nicht aus, nur

Leuchttürme (egal, ob Hochschulen oder Forschungsbereiche) zu fördern.

Perfekte Auslese

Während junge WissenschaftlerInnen unser Land verlassen, weil sie keine vernünftigen Arbeits- und Forschungsbedingungen vorfinden, werden mit der Greencard im Ausland Fachkräfte auf Zeit angeworben. Obwohl alle wissen, dass wir mehr HochschulabsolventInnen und gut qualifizierte Fachkräfte in den kommenden Jahren benötigen, wird über Zugangsbeschränkungen über das Gymnasium bis zum Studium debattiert. Die Auslese soll noch perfekter funktionieren – statt dessen müsste man Bildungsbarrieren wie z.B. Studiengebühren aus dem Weg räumen.

Die gesellschaftliche Situation weltweit ist gekennzeichnet vom Vormarsch des



Rechtskonservatismus, gestützt durch globales Finanz- und Wirtschaftskapital. Der Staat verarmt aufgrund fehlender Steuereinnahmen. Keine Partei setzt diesem Prozess in Deutschland Widerstand entgegen. Der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung und die Überbetonung der Verantwortung des Einzelnen verlagert immer mehr Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und nun auch Bildungsarmut.

Innovationsbremse oder Gegenmacht?


Gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften oder Studenten- und Schülerbewegungen, die dem vorherrschenden Trend entgegengetreten, werden als »Innovationsbremse« verunglimpft. Wie groß die Zerreißprobe ist, haben nicht nur die Gewerkschaften

im vergangenen Jahr zu spüren bekommen, sondern auch die Studierenden. Gezielt platzierte und tendenziös formulierte Umfragen sollen Zweifel aufkeimen lassen, ob der Kampf gegen die Studiengebühren wirklich von der Mehrheit getragen wird. Schließlich gibt es schon längst die vermeintlich Einsichtigen, die erkannt haben wollen, dass Studiengebühren in Anbetracht der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte und der zu erwartenden hohen Einkommen für AkademikerInnen (Krankenschwester zahlt fürs Studium des Arztes) notwendig sind, um die Bedingungen an den Hochschulen zu verbessern.

Keine Frage danach, warum die öffentlichen Haushalte leer sind, wie und von wem Studiengebühren überhaupt finanziert werden können, ganz zu schweigen von dem Nutzen, den die Gesellschaft von Hochqualifizierten hat. Opferbereitschaft, Existenzangst und Pragmatismus mischen sich und schwächen die Gegenwehr.

Gewerkschaften und soziale Bewegungen werden allerdings nur eine Chance haben, den Trend zu bremsen, wenn es ihnen gelingt, einerseits Ziele, Gewinner und Folgen neoliberaler Politik überzeugend aufzudecken und andererseits klare und überzeugende eigene Gesellschaftskonzepte zu kommunizieren.

Gerade im Bildungswesen leidet vieles an der kollektiven Verantwortungslosigkeit. Ich plädiere ausdrücklich dafür, dass jedeR eine hohe Verantwortung für den eigenen Bildungsprozess trägt und verantwortlich mit gesellschaftlichen Ressourcen umgeht. Andererseits ist die Gemeinschaft, der Staat, verantwortlich für die Rahmenbedingungen, die den Zugang garantieren und die Qualität der Bildungsangebote sichern.

Nicht vergessen werden darf dabei aber die ganz konkrete Tagespolitik. Denn die Menschen leben hier und heute und wollen vor weiteren aktuellen Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen bewahrt werden. Gegenmacht und Gestaltungskraft der Gewerkschaften gehören daher zusammen. Wie weit die Gestaltungskraft gehen darf und muss, ist mit den Betroffenen immer wieder auszuloten. Wie groß der Spielraum am Verhandlungstisch ist, hängt maßgeblich von der Stärke der Gegenmacht ab, die auf der Straße oder in den Hörsälen protestiert. 

Eva-Maria Stange ist Vorsitzende der Erziehungsgewerkschaft GEW.



Eine Idee von Solidarität

Beim Uni-Streik im Wintersemester 03/04 versuchten die protestierenden Studierenden den Schulterschluss mit Gewerkschaftern und Arbeitslosen. Was bleibt? Von Felix Lee

Sarah Brinker, 25, Soziologiestudentin in Berlin, erinnert sich an den 13. Dezember. An diesem nasskalten Adventssamstag zog sie mit 30.000 ihrer Kommilitonen durch Berlins Straßen und demonstrierte gegen Rentenkürzungen, gegen die Umverteilung von unten nach oben, für den Erhalt der Tarifautonomie und für mehr Ausbildungsplätze. Es war der Tag, an dem die Studenten ihre vorher auf Uni-Vollversammlungen lang und kontrovers diskutierte Solidarität mit den Gewerkschaften, Arbeitslosen und den Sozialhilfeempfängern öffentlich zum Ausdruck brachten. Sie wetterten gegen die Agenda 2010 und betonten, dass Sozialabbau und Bildungsklau zwei Seiten einer Medaille seien. Es war der Höhepunkt einer fast zwei Monate andauernden bundesweiten Streikwelle – und der Anfang einer breit angelegten Protestkampagne gegen die rot-grüne Sozialkahlpolitik.

Ein halbes Jahr später, wieder an einem verregneten Samstagnachmittag, sitzt Sarah mit einem halben Dutzend zumeist älteren Barträgern in einem schwer auffindbaren Lehrraum der Humboldt-Uni. Sie diskutieren über Perspektiven, neue Aktionsformen und einen heißen Protestherbst. Sarah ist eine der wenigen in der Runde, die überhaupt noch die Gattung »Student« vertritt und eisern am Paarreim vom »Bildungsklau und Sozialabbau« festhält: an der nötigen Zusammenarbeit von Studierenden, Gewerkschaftern und Arbeitslosen. Sie erklärt, dass ab dem Stichtag 1.1.2005 von einem Tag auf den anderen allein im Bezirk Kreuzberg mehr als 30.000 Menschen in die Sozialhilfe rutschen und dies eben auch viele Studenten treffen wird. Viele ihrer Kommilitonen interessiert dies – wenn überhaupt – nur in abstrakt gehaltenen soziologischen Armutsstudien. Die meisten sitzen zu Hause vorm Computer und sind dabei, sich auf die nachzuholenden Prüfungen vorzubereiten.

Was ist vom Studistreik übrig geblieben?

Und vor allem: vom Anspruch des »gesamtsellschaftlichen Überwurfs«? Viel früher als die Studenten beim Unistreik fünf Jahre zuvor, hatten die Studenten 2003 ihren Uni-Protest auf andere soziale Bereiche ausge-

weitert, um frühzeitig dem Vorwurf entgegenzutreten, sie würden nur für ihre Interessen kämpfen. Und in der Tat: anders als beim »Lucky Strike« 1997 blieb es nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen. Landauf- und abwärts luden die ASten und Streikführer Gewerkschaftsmitarbeiter auf ihre Vollversammlungen und baten sie, über die größten Einschnitte der Agenda 2010 zu referieren. GEW und ver.di in Berlin riefen dazu auf, die laufenden Tarifauseinandersetzungen mit dem Studiprotest zusammenzuführen. Vertreter von Arbeitsloseninitiativen konnten sich kaum vor Anfragen retten. Doch es reichte nicht. An den Hochschulen ist längst Alltag eingekehrt.

»Mit einem so schnellen Ende habe ich nicht gerechnet«, gesteht Sarah ein. Benjamin Sievers, ein 29-jähriger Biologiestudent

sieht im »studentischen Protest« keine stabile Bewegung und zweifelt vor allem an deren Verbindlichkeit. Berit Schröder, Jugendbildungsreferentin der IG BAU, sieht vor allem Nachholbedarf im sehr unterschiedlichen Herangehen von Studierenden und Gewerkschaftern. Die gemeinsame Großdemo am 3. April, wo Gewerkschafter und Studis in unterschiedlichen Blöcken demonstrierten, habe gezeigt: Was die Protestkultur anbelangt, trennen Arbeiter und Studis Welten.

Herrmann möchte den Protest aber nicht herunter reden. Immerhin war der 3. April ein Beispiel für die Zusammenführung unterschiedlicher gesellschaftlicher Bewegungen. Nur, dass sich zu dieser Zeit an den Unis kaum noch etwas regte. Nele Hirsch, Sprecherin des bundesweiten Dachver-



Sozialabbau und Bildungsklau gehören zusammen. Demo am 3. April in Stuttgart

aus Göttingen, hat da mehr Erfahrung. Er hat schon den Unistreik vor fünf Jahren mitgemacht: »Ein Studentenprotest dauert kaum länger als über die Weihnachtsferien hinaus.« Angesichts des dicht gedrängten Studiums seien die Studenten nicht bereit, mehr Zeit aufzuwenden. »Wollen wir politische Veränderungen, müssen wir aber länger durchhalten als ein paar Monate.«

»Zum langen Atem braucht es mehr als ein paar aktionsreiche Wochen«, bestätigt auch Frank Herrmann, Jugendbildungsreferent vom DGB in Südhessen. Er war in der Zeit des Studentenprotestes dafür zuständig, das Protestpotenzial auszuloten. Sein Fazit: Studierende seien zwar interessiert und schneller mobilisierungsfähig als Jugendliche in den Betrieben. Aber auch er

bands der Studierendenvertretungen (fzs), fällt immerhin ein Projekt ein, das aus dem Winterprotest hervorgegangen ist: die maßgebliche Beteiligung am Perspektivenkongress im Mai in Berlin.

Gewerkschaftsgruppen an den Unis haben neuen Zulauf. Sarah erzählt von einer studentischen Arbeitsgruppe, die an einer »Gegenagenda der neoliberalen Abwärtsspirale« arbeitet, die sowohl Angestellte und Arbeitslose als auch Studierende und Rentner unterschreiben können.

Und wiederum Hirsch spricht von vielen ehemaligen Streikaktivisten, die sich nun in die Sozialforenbewegung einbringen. »Wir versuchen, unseren Protest inhaltlich stärker zu unterfüttern.« Theoriearbeit eben – so wie es sich für Studierende gehört. □

Oberstes Gremium



Der »freie Zusammenschluss der studentInnenschaften« (fzs) widmet sich in erster Linie den Studierenden.

Der fzs ist der einzige studentische Dachverband in der Bundesrepublik Deutschland. Er besteht zur Zeit aus 77 StudentInnenvertretungen, die bundesweit über 850.000 StudentInnen repräsentieren.

Der fzs trifft sich jedes Semester ein Mal zu seiner Mitgliederversammlung (MV). Diese stellt das höchste beschlussfassende Gremium des fzs dar. Sie verabschiedet inhaltliche Anträge, den Haushalt, wählt den Vorstand und den Ausschuss der StudentInnenschaften (AS).

Er bedient sich einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie Gesprächen mit anderen überregional tätigen Organisationen und Institutionen. Er ist auf internationaler Ebene Mitglied in »ESIB – The National Unions of Students in Europe« und der »International Union of Students« (IUS).

Um in die Politikverhältnisse wirksam eingreifen zu können, versucht der fzs in seinen Arbeitskreisen ständig eigene Konzeptionen zu erarbeiten und diese in den Meinungsbildungsprozess einzubringen. Dies

gilt besonders für hochschul-, bildungs- und sozialpolitische Fragestellungen, aber auch für alle anderen.

Um die ReferentInnen in den Studierendenvertretungen auf ihre Aufgaben vorzubereiten und ständig zu schulen, bietet der fzs laufend Seminare an. Die Palette reicht von Einstiegsseminaren in die Hochschulpolitik bis zu Seminaren zu lokaler Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Als studentischer Dachverband ist er für Studierendenvertretungen Anlaufstelle für Informationen. Zudem informiert er seine Mitglieder regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen in Rundbriefen, da nicht jede Vertretung vor Ort dazu in der Lage ist. Er verfügt über ein Archiv zu den zentralen Themen studentischer Politik der letzten Jahre, aus dem eine Vielzahl von Publikationen bestellbar ist (»Praktischer Materialismus«).

Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des fzs und unterstützt die Arbeit des AS. Er vertritt die Positionen des fzs in der Öffentlichkeit und setzt die Beschlüsse der MV und des AS um. Die ReferentInnen unterstützen die politische Arbeit des Vorstandes in einzelnen Arbeitsbereichen.

Dem fzs geht es um die Entwicklung einer emanzipatorischen Politik, mit der er

sich gegen den neoliberalen Mainstream einmischt und ihm die Ideen einer solidarischen Welt entgegensetzt.

Dabei bilden die gegenwärtigen Umstrukturierungen an den Hochschulen den ersten – wenn auch nicht einzigen – Anknüpfungspunkt: Denn die Situation für Studierende wird immer brisanter. Bildung wird immer mehr in die Daseinsform eines Handelsgutes überführt, welches sich die »Kundschaft«, die Studierenden, mittels Studiengebühren erwerben kann. Dabei gerät die soziale Lage der Studierenden immer mehr aus dem Blickfeld. Also setzt sich der fzs für ein Hochschulsystem in öffentlicher Verantwortung ebenso ein, wie für eine bedarfsdeckende soziale Grundsicherung und offenen Hochschulzugang.

Derzeit arbeitet der fzs intensiv in folgenden Bereichen: In Bezug auf die »Europäisierung der Hochschulen« versucht der fzs, die in der Erklärung von Bologna und im Prager Communiqué festgelegten Maßnahmen nach den Grundsätzen der Chancengleichheit, der Durchlässigkeit der Studiengänge und des interdisziplinären forschenden Lernens auch in Deutschland umzusetzen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Information der Mitglieder gelegt, da vielen das Ausmaß und die Zusammenhänge der Europäisierungsprozesse nicht oder nicht ausreichend bekannt sind.

Im Feld der Hochschulpolitik im engeren Sinne steht der Kampf gegen Studiengebühren und für die bundesweite Absicherung Verfasster Studierendenschaften mit erweiterten Aufgaben zur Zeit ganz oben. Das Hochschulrahmengesetz wurde diesbezüglich novelliert. Jetzt gilt es, die bestmöglichen Regelungen auf Länderebene zu organisieren. Der fzs unterstützt die Kampagnen des »Aktionsbündnis gegen Studiengebühren beim fzs« (ABS) nach Kräften.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Einsatz für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Denn die rund 50.000 »Hilfskräfte« sind weder sozial noch rechtlich ausreichend abgesichert und haben seit 1993 nicht an der allgemeinen Einkommensentwicklung im Wissenschaftsbereich teilgenommen. [5] jk

Infos: freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel.: 0228 / 242 72 08, www.fzs-online.org

ANGEMAILT

Nele Hirsch

Nele Hirsch, 24, arbeitet im Vorstand des fzs. Ihre Schwerpunktthemen: Studentische Sozialpolitik, Frauen- und Geschlechterpolitik, Verfasste StudentInnenschaft und Hochschulfinanzierung.

Ich komme aus einer...
...Beamtenfamilie.

Meine Lebenshaltungskosten betragen...
...ungefähr 600 Euro im Monat

Ich studiere...
...zur Zeit gar nicht, wegen Beurlaubung. Ansonsten Politikwissenschaft in Jena.

Wenn ich nicht studiere...
...mache ich Politik. In Jena war ich im Studierendenrat erst Sozialreferentin und dann im Vorstand. Jetzt bin ich im fzs-Vorstand.

Vom letzten Studistreik habe ich gelernt...
...dass Politik auch jede Menge Spaß machen kann, auch wenn's mal chaotisch zugeht. Und dass man nicht so schnell aufgeben darf.

Von Professoren wünsche ich mir...
...dass sie Lust auf Diskussionen haben und eine klare politische Meinung vertreten.

Von Studis wünsche ich mir...
...dass sie sich von außen nicht zu sehr unter Druck setzen lassen und ihre eigenen Vorstellung von Studium behalten. Dass sie bereit sind, eine gewisse Verantwortung wahrzunehmen.

Eliteunis sind für mich...
...eine verkehrte Idee. Die aktuellen Diskussionen zeigen, dass Eliteunis nicht einfach aus dem Boden gestampft werden können. Abgesehen davon, dass ich sie natürlich politisch für Unfug halte!

Ich betätige mich politisch...
...weil man sich gar nicht nicht politisch betätigen kann, wenn man sich ansieht, was zur Zeit so alles passiert.

Gewerkschaften sind...
...für den fzs wichtige Bündnispartnerinnen. [5]



fzs im Kopf: Nele Hirsch

Ohne Jobben läuft nichts

Studierende brauchen vor allem eins: gutes Zeitmanagement. Studium und Geld verdienen sind sonst nicht unter einen Hut zu bringen. Inhaltlich haben beide sowieso selten miteinander zu tun. Von Beate Willms

Die Zeiten sind vorbei, als man noch fragen konnte, warum Studenten schon um halb sieben aufstehen müssen, und als Antwort bekam: »Weil um acht die Geschäfte zumachen.« Wer heute studiert, kann es sich nicht mal mehr leisten, bis mittags zu schlafen und die Studien dann eben in die Nachtstunden zu verlegen. Statt dessen ist ein gutes Zeitmanagement gefragt: Zwei von drei Studierenden müssen neben dem Studium noch Geld verdienen. Und das tun sie laut einer Studie der Universität Bremen nicht nur hauptsächlich zu überraschend alltäglichen Arbeitszeiten – nämlich zwischen 8 und 17 Uhr – sondern auch in zunehmenden Stundenumfang.

Ausländische Studierende

Endlich mal ein ungebrochener Boom: Mehr als 250.000 ausländische Studierende sind derzeit an deutschen Hochschulen eingeschrieben, fast 50 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Damit ist die Bundesrepublik nach den USA und Großbritannien Gastland Nummer eins. Dabei interessieren sich immer weniger Westeuropäer und Nordamerikaner für ein Studium in Deutschland, das Gros der Bewerber kommt aus Südostasien und Osteuropa. Und laut einer Studie im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes tun sich viele von ihnen schwer: Von 100 ausländischen Studienanfängern kommen weniger als 50 zum Examen.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Was auch deutsche Studierende bemängeln, trifft bei nichtdeutschen offenbar noch stärker zu: Für ihre fachliche Betreuung wird zu wenig getan. Hinzu kommt ein nervenaufreibendes und zeitraubendes Drumherum, das mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung beginnt, mehrfaches Vorsprechen bei der Ausländerbehörde einschließt und bei einer sehr beschränkten Arbeitserlaubnis endet. [S](#)

bw

Das ist kein Wunder: Auf 638,60 Euro veranschlagte das Deutsche Studentenwerk zuletzt die Lebenshaltungs- und Studienkosten in Deutschland. Tatsächlich verfügt rund ein Viertel der Studierenden jedoch über weniger als 600 Euro, während ebenso viele mehr als 890 Euro im Monat einnehmen. Der Durchschnitt liegt bei 767 Euro. Den größten Teil tragen der gerade erschienenen 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zufolge mit 50,6 Prozent die Eltern, höher liegt der Anteil nur in Belgien und Italien, während er in den anderen europäischen Ländern eine zum Teil wesentlich geringere Rolle spielt – ein Indiz dafür, dass hierzulande immer noch mehr

Kinder von besser verdienenden Eltern die Hochschulen bevölkern. Das lässt sich auch statistisch belegen: Laut Studentenwerk stammt nur jeder fünfte Studierende aus einer Arbeiterfamilie, während jeder dritte einen Vater mit Hochschulabschluss hat. Aufgefangen werden

sollte das eigentlich durch die staatliche Studienförderung wie etwa das BAföG. Tatsächlich hat die rot-grüne Bundesregierung hier in den letzten drei Jahren Verbesserungen umgesetzt, die den jahrelangen Abwärtstrend gestoppt haben. Im Jahr 2003 konnten immerhin rund 23 Prozent der Studierenden auf die Unterstützung zurückgreifen, bei der letzten Sozialerhebung des Studentenwerks im Jahr 2000 waren es nur 20 Prozent gewesen. Damit tragen die Zahlungen nach dem BAföG inzwischen immerhin wieder mit 13,2 Prozent zu den Einnahmen der Studierenden bei. Im Vergleich zum Jahr 1982, als sie gut ein Viertel ausmachten, oder auch dem Jahr 1991, als noch jeder dritte Studierende BAföG bekam, ist das allerdings immer noch wenig.

Auch der Vergleich mit dem Ausland fällt auf den ersten Blick nicht gut aus: In den Niederlanden werden beispielsweise 90 Prozent der Studierenden, in Finnland rund 83 Prozent staatlich bezuschusst. Allerdings beträgt die durchschnittliche BAföG-Zahlung in Deutschland 352 Euro, während Niederländer mit nur 188 Euro auskommen müssen.

Insgesamt reichen jedoch auch Eltern- und staatliche Förderung zusammen nicht aus. Nicht ganz zwei Drittel aller Studierenden in Deutschland jobben neben dem Studium. Bei knapp über zwei Millionen Frauen

und Männern, die derzeit an deutschen Hochschulen eingeschrieben sind, sind das etwa 1,3 Millionen Jobber, rund 80.000 Studierende sind komplett auf den Selbstverdienst angewiesen. Sie alle sind als Weihnachtsmänner, Taxifahrerinnen, Kellner, Büro- und Fabrikarbeiter, Arzthelferinnen, studentische Hilfskräfte, Freiberufler und Selbstständige einem ganz normalen Arbeitsalltag unterworfen. Das heißt, so normal ist der nicht: 41 Prozent der erwerbstätigen Studierenden arbeiten als Aushilfe in Büros oder Fabriken, 28 Prozent als studentische Hilfskraft, 13 Prozent in einem früher erlernten Beruf oder freiberuflich, neun Prozent verdienen ihr Geld mit Nachhilfe, acht in bezahlten Praktika, und vier haben ein eigenes Unternehmen. Ein so genanntes Normalarbeitsverhältnis ist also die Ausnahme. Und da die allermeisten Jobs auch inhaltlich nichts mit den Studienfächern zu tun haben, gehen die Studierenden oft genug davon aus, dass sie nur vorübergehend sind

...ebensoviele nehmen mehr als 890 Euro im Monat ein.

und es sich nicht lohnt, es etwa auf arbeitsrechtliche Konflikte ankommen zu lassen. Zugleich treffen sich die Interessen der durch Studium und Erwerbsarbeit doppelt Belasteten mit denen vieler Arbeitgeber nach flexibler Gestaltung des Arbeitsverhältnisses – die dann jedoch aufgrund der üblichen Machtverhältnisse meist zu Ungunsten der beschäftigten Studis ausgeht.

Das Ergebnis: Studierendenjobs sind für Arbeitgeber oft der Testfall dafür, was am Arbeitsmarkt an Deregulierung durchsetzbar ist. Und was die doppelte Belastung – Kindererziehung gar nicht gerechnet – immerhin haben 6,7 Prozent der Studierenden Kinder, und unter den studierenden Müttern sind 27 Prozent alleinerziehend – für die Qualität des Studiums bedeutet, ist offensichtlich: Rund 36 Stunden die Woche brauchen Studierende im Durchschnitt fürs Studium, fürs Geldverdienen gehen noch einmal 13,9 Stunden drauf. Im Einzelfall ist der Aufwand jedoch sehr unterschiedlich: Jeder zehnte erwerbstätige Studierende arbeitet bis zu vier, jeder dritte bis zu acht Stunden und immerhin jeder sechste mehr als 20 Stunden die Woche.

Studien unterstreichen, was man sich auch selbst denken kann: Je mehr Zeit Studierende für das Jobben brauchen, desto weniger investieren sie in Lehrveranstaltungen und Selbststudium. [S](#)

Dschungel Arbeitswelt

Was Studierende bei bezahlten Beschäftigungen neben dem Studium beachten müssen.

Von **Matthias Spittmann**

Die Wohnung wird teurer, der öffentliche Nahverkehr auch? Vielleicht soll auch mal eine Fernreise her? Und das BAföG reicht nicht, die Eltern haben keine Lust oder nicht genug Geld, um ihren Beitrag zum Studium aufzustocken? Rund 63 Prozent der Studierenden in Deutschland nicken bei mindestens einem dieser Punkte. Sie müssen neben dem Studium noch arbeiten. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig, bieten studierende Beschäftigte Arbeitgebern doch den ein oder anderen Vorteil.

Normalfall »abhängige Beschäftigung«

Wer abhängig beschäftigt ist, benötigt prinzipiell eine Lohnsteuerkarte und muss Steuern sowie Sozialabgaben zahlen. Das gilt auch für Studierende – wenn nicht eine der vielen Ausnahmen greift. Im Normalfall werden die Steuern vom Lohn einbehalten. Wer aber (nach Abzug des Arbeitnehmer-Pauschbetrags von 920 Euro) nicht über den Grundfreibetrag von 7.664 Euro im Jahr hinauskommt, sollte eine Lohnsteuererklärung abgeben und bekommt dann die gezahlten Steuern wieder zurück. Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung fallen nicht an, wenn das Gesamtbild eher Studi als Arbeitnehmer ist. Das gilt grundsätzlich bei Beschäftigungen von insgesamt maximal 20 Stunden pro Woche. In den Semesterferien darfs auch ein bisschen mehr sein: Hier besteht grundsätzlich Versicherungsfreiheit. Normal beitragspflichtig sind Studierende in der Rentenversicherung.

400-Euro-Job/Minijob

Wer studiert, braucht meist nur einen Dazuverdienst. Deshalb reicht oft ein so genannter 400-Euro-Job, auch bekannt als geringfügige Beschäftigung oder Minijob. Hier dürfen maximal 400 Euro Verdienst auf der monatlichen Lohnabrechnung stehen. Die Grenze darf allerdings auch mal überschritten werden, wenn dies maximal zwei Monate im Kalenderjahr und vorhersehbar geschieht, z.B. wegen Krankheit einer anderen Arbeitskraft. Vorsicht: Urlaubs- und Weihnachtsgeld sind vorhersehbar und werden ebenso wie schwankende Einkommen auf zwölf Monate verteilt und mitgerechnet. Die Wochen-Arbeitszeit spielt bei normalen Minijobs seit dem 1. April 2003 keine Rolle mehr

– der Stundenlohn kann also bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit sinken.

Für Minijobs zahlt der Arbeitgeber pauschal zwölf Prozent für die Rentenversicherung und elf Prozent für die Krankenversicherung (falls der Minijobber in einer gesetzlichen Krankenkasse ist). Hinzu kommen die Steuern, für deren Berechnung es zwei Möglichkeiten gibt: Entweder ganz normal als Studi-Job mit Steuerkarte und der Möglichkeit, sich die gezahlten Steuern per Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich zurückzuholen. Oder der Arbeitgeber führt zusammen mit den Sozialabgaben zwei Prozent des Einkommens als Pauschalsteuer ab, zusammen mit den Sozialabgaben wären das 25 Prozent.

Nachteil für Geringverdienende: Das pauschal versteuerte Einkommen darf in der Steuererklärung nicht angegeben werden. Damit bleibt es bei zwei Prozent Pauschal-Steuer, auch wenn das Gesamteinkommen unterhalb des Grundfreibetrags bleibt und damit eigentlich steuerfrei wäre. Zudem können keine Werbungskosten wie Fahrtkosten zur Arbeit geltend gemacht werden. Es empfiehlt sich, im Einzelfall durchzurechnen, welche Variante günstiger ist – für Leute ohne weiteres Einkommen ist es immer die Variante mit Steuerkarte.

Bei 400-Euro-Jobs in Privathaushalten gelten weitere Vergünstigungen. Die vom Arbeitgeber zu tragenden Pauschalabgaben betragen hier nur fünf+fünf+zwei = zwölf Prozent (statt 25 Prozent), zudem gibt's für ihn Steuervorteile.

In allen Minijob-Fällen kommt eine Umlage von 1,3 Prozent für die Lohnfortzahlungsversicherung hinzu, die aber der Arbeitgeber zahlt. Denn Minijobs sind bezüglich Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsansprüchen und Mutterschutz ganz normale Arbeitsverhältnisse – bloß dass die damit verbundenen Risiken für die Arbeitgeber bei Minijobs durch eine Pflichtversicherung verteilt werden.

Das vereinbarte Gehalt wird ungekürzt vom Arbeitgeber überwiesen, denn die fälligen Sozialabgaben muss ausschließlich er bezahlen. Nur die Pauschalsteuer kann – sofern vertraglich vereinbart – dem Minijobber abgezogen werden.

Zwar zahlt der Arbeitgeber in die Rentenversicherung. Doch Ansprüche des Beschäftigten ergeben sich daraus nur sehr eingeschränkt – offiziell gelten geringfügige Beschäftigungen als versicherungsfrei. Allerdings sind freiwillige Beitragszahlungen möglich. Dazu muss der Minijobber den Differenzbetrag zwischen der Pauschale von zwölf bzw. fünf Prozent und dem normalen Beitragssatz von 19,5 Prozent selbst zahlen.

Vorsicht: Verschiedene Minijobs werden immer zusammen gezählt, so dass die Grenze zur Sozialversicherungspflicht schnell erreicht ist. Dagegen sind eine ver-



sicherungspflichtige Hauptbeschäftigung und eine geringfügige Nebenbeschäftigung kombinierbar.

Niedriglohn-Jobs bis 800 Euro

Wer mindestens 400,01 Euro, aber weniger als 800 Euro verdient, ist rentenversicherungspflichtig. Zur Berechnung des Arbeitnehmerbeitrags wird dabei nur ein Teil des Einkommens herangezogen, so dass bei steigendem Bruttolohn trotz steigender Beitragssätze – von anfangs vier bis zu 21 Prozent bei 800 Euro – immer ein steigender Nettolohn übrig bleibt. Der Arbeitgeber zahlt hier stets den vollen Anteil, und wie bei Minijobs kann der Arbeitnehmer den Beitrag freiwillig aufstocken. Die Besteuerung erfolgt individuell nach Steuerkarte.

Kurzfristige Beschäftigung

Kurzfristige Beschäftigungen sind ohne Verdienstbegrenzung sozialabgabenfrei und können mit 20 Prozent pauschal versteuert werden. Voraussetzung: Sie dauern nicht länger als zwei Monate oder sind auf 50 Arbeitstage innerhalb eines Kalenderjahres befristet. Auch hier werden alle entsprechenden Beschäftigungen zusammenge-rechnet. Allerdings lohnt sich die Pauschal-versteuerung nicht für Geringverdiener, da diese ohnehin keine Steuern zahlen bzw. sich die gezahlten Steuern per Einkommen-steuerverklärung zurückholen können.

Freiberuflich & scheinselfständig

Gar keine Ansprüche auf die sozialen Si-cherungen für Arbeitnehmer haben Freibe-rufler und Gewerbetreibende. Die für Selbstständige geltende Freiheit von

schule sein, das Schreiben eines Artikels für eine Zeitung oder das Bauen eines Hoch-betts. Sie bekommen immer wieder einzel-ne Aufträge, können selbst entscheiden, wann sie was wie und für wen machen und müssen sich selbst um Steuern und soziale Absicherung kümmern. Für ein Unterneh-men lassen sich die Kosten so gegenüber der Anstellung von normalen Beschäftig-ten teilweise erheblich verringern, wenn sie die gleiche Arbeit als Auftrag an Selbst-ständige vergeben. Der Trend geht deshalb dahin, Arbeitnehmer in eine echte oder auch nur scheinbare Selbstständigkeit zu drängen. Bei einer Scheinselbstständigkeit sind die Betroffenen von einem einzelnen Auftraggeber abhängig, in die Arbeitsorga-nisation dieses Auftraggebers voll einge-bunden und können nicht frei entscheiden, sondern müssen zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten arbeiten. In Wirklichkeit sind sie also ganz normale Arbeitnehmer. Weil nicht die Bezeichnung einer Tätigkeit als selbstständig zählt, sondern die tatsächliche Ausge-staltung, haben auch Scheinselfständige Anspruch auf be-zahlten Urlaub, Mutter- und Kündigungsschutz, Einhaltung der Arbeitszeitgesetze und Lohnfortzahlung bei Krankheit. Und wenn die Sozialversiche-rungen bei Betriebsprüfungen über solche Fälle stolpern, wer-den auch die Sozialabgaben nachträglich fällig.

Aus dem für Studierende nicht unwichtigen Bereich der Arbeit in Call-Centern sind Ver-tragsklauseln bekannt, in denen angebliche Auftragnehmer prophylaktisch erklären müssen, sie seien nicht scheinselfständig. Überprüft wird das nicht, obwohl es für genau solche Fälle ein ent-sprechendes Verfahren bei der Bundesver-sicherungsanstalt für Angestellte gibt. Wenn aber doch eine Nachzahlung von So-zialabgaben verfügt werden sollte, so die übliche Formulierung, müsse diese von den Scheinselbstständigen geleistet werden. Damit will man die gesetzgeberische Ent-scheidung unterlaufen, dass bei der Be-schäftigung von Scheinselbstständigen der Arbeitgeber zu zahlen hat. Hier dürfte sich ein Prozess lohnen, ebenso wenn nach dem Ende der scheinselfständigen Tätigkeit noch bezahlter Urlaub oder Lohnfortzah-lung bei Krankheit aussteht.

Schwarzarbeit

Cash auf die Krallen – das klingt verlockend, ist aber einerseits nicht legal und bedeutet

andererseits den Verzicht auf die Rechte als Arbeitnehmer und beispielsweise auf den Unfall-Versicherungsschutz. Zudem be-kommt manche Schwarzarbeiterin gar nichts für geleistete Dienste, da die Auf-traggeber wissen, dass Schwarzarbeiter das vereinbarte Entgelt faktisch nicht einklagen können.

Praktikum

In viele Berufe ist heutzutage am besten über ein Praktikum zu kommen, in diversen Studiengängen sind Praktika gar vorge-schrieben. Pflicht-Praktika während des Studiums sind unabhängig von Arbeitszeit und Verdienst sozialversicherungsfrei. Nicht verpflichtende Praktika während des Studiums sind versicherungsfrei, wenn das Entgelt maximal 400 Euro monatlich be-trägt. Andere Praktika – auch Pflicht-Prakti-ka vor Studienbeginn – werden als normale Beschäftigungen behandelt. Wichtig für BAföG-Bezieher: Vergütungen für Studien-praktika (»Einkünfte aus einem Ausbil-dungsverhältnis«) werden ohne Freibetrag voll als Einkommen angerechnet.

Ein Praktikum dient eigentlich der Ver-mittlung von Kenntnissen über das jewei-lige Arbeitsgebiet. Wer nicht ein Praktikum in diesem Sinne macht, sondern normale Auf-gaben im »Praktikums«-Betrieb übernimmt, hat die Ansprüche eines normalen Beschäf-tigten. Dazu gehört auch eine angemessene Entlohnung fürs Kaffeekochen und Kopie-ren.

Ob es sinnvoll ist, diese Ansprüche durchzusetzen, darf allerdings bezweifelt werden, wenn sich aus dem »Praktikum« – wie etwa in der Medienbranche häufig – ei-ne dauerhafte Zusammenarbeit ergeben soll.

Kindergeld & Co.

Fiese Falle: Wer mit allen Einkünften – und dazu zählt auch der 50-prozentige Zu-schussanteil des BAföG – nach Abzug der Werbungskosten auch nur einen Euro über 7.680 Euro pro Jahr liegt, ist nicht mehr kin-dergeldberechtigt! Das betrifft dann nicht nur das Kindergeld an die Eltern, sondern im öffentlichen Dienst auch die kinderbezoge-nen Anteile im Ortszuschlag oder die Bei-hilfeberechtigung. Der kleine Zusatzver-dienst kann sich so schnell als finanzieller Bumerang für die gesamte Familie erwei-sen. Allein das wegfallende Kindergeld macht 1.848 Euro (erstes bis drittes Kind) bzw. 2.148 Euro (ab dem vierten Kind) im Jahr aus. Und auch BAföG-Beziehende müs-sen sich überlegen, was ihnen der Job bringt: Wenn sie im Durchschnitt des Be-willigungszeitraums mehr als 350 Euro im Monat verdienen, werden diese Einnahmen auf das BAföG angerechnet. S



Jobben: Am besten nur für 400 Euro im Monat

Foto: David Aussenhofer/Jobler

Sozialabgaben – ausgenommen einzelne Berufsgruppen wie etwa Lehrerinnen, Krankenpfleger, Künstlerinnen – sehen zwar viele junge Leute als Vorteil an, weil sie das Vertrauen zumindest in das Alters-sicherungssystem verloren haben. Doch hängt am Arbeitnehmer-Status mehr als nur ein unsicherer Rentenanspruch: Krank werden kann jeder mal, Urlaub will jede mal, und auch Schuften rund um die Uhr ist für abhängig Beschäftigte aus gutem Grund verboten.

Von der Selbstständigkeit eines Arbei-tenden profitiert vor allem der Arbeitgeber – bzw. der Auftraggeber. Denn Selbststän-dige bekommen ihr Geld für eine ganz be-stimmte Leistung. Das kann die Durch-führung eines Kurses an der Volkshoch-

»Die machen das Klima kaputt«

In den Betrieben gehören jobbende Studierende nicht immer so richtig dazu: Sie genießen Privilegien und werden auch schon mal als Dammbrecher bei Mehrarbeit und Niedriglöhnen missbraucht. Das denken jedenfalls die Kollegen.
 Von **Katharina Koufen**

Sieben Mark achtzig pro Stunde – das war der Lohn, für den Susanne Maschauer zum ersten Mal im Leben am Fließband stand. Die damals 20-Jährige sortierte Zeitschriften vom Vortag, die einen auf Fließband eins, die anderen auf Band zwei. Abends konnte sie am Anfang kaum noch stehen, so weh taten die Beine. Was noch mehr schmerzte: Die Ablehnung der Kollegen. Denn die wussten: Die »Frau Maschauer« würde nur kurze Zeit bleiben, dann an die Uni zurückgehen. Und irgendwann einen guten Job haben, in jedem Fall einen besseren als am Fließband in jener betongrauen Halle im Freiburger Industriegebiet.

Wie Susanne Maschauer jobben fast zwei Drittel aller Studierender in Deutschland, in den Semesterferien oder neben der Uni her. Doch die wenigsten leben ausschließlich von diesem Verdienst, für die meisten bedeutet der Job ein mehr oder weniger existenziell wichtiges Zubrot neben Bafög, Geld von den Eltern oder Stipendium. Ein

Drittel aller Studenten gab in einer Umfrage des Bundesbildungsministeriums an, hauptsächlich aus Luxusgründen abends in der Kneipe zu kellnern oder in den Semesterferien Schichten zu schieben – sie wollten sich »mehr leisten können«.

Auch das weckt mitunter den Unmut der Kollegen. Sie arbeiten in der Regel nicht, um sich was leisten zu können – im Gegenteil: Je nach Branche können sie sich oft trotz Arbeit nicht viel leisten. Denn der Familienvater, der von seinem Gehalt seine Frau und seine zwei Kinder versorgen muss, zahlt obendrein Steuern und Versicherungsbeiträge. Netto bleiben einem Hilfsarbeiter im Autowerk rund 1.300 Euro im Monat. Für ihn mag es nicht ganz fair scheinen, dass die Studentin, die sich vom Lohn ihre Indienreise finanziert, da einfacher hat: Sie ist zum Sondertarif krankenversichert, und die Einkommenssteuer erhält sie am Jahresende in der Regel zurück.

Hinzu kommt der Vorwurf, Studierende machten das Betriebsklima kaputt, meint Daniel Taprogge vom Projekt »Students at work« der DGB-Jugend: »Oft heißt es, die wollen nur das Geld und sind nicht solidarisch, weil sie eh bald wieder gehen«, so Taprogge. Er habe von Fällen gehört, wo Studenten im Call-Center bereitwillig abends und am Wochenende Schichten geschoben hätten – und das, ohne auf Zuschläge zu bestehen. Taprogge: »Das setzt natürlich den Rest der Belegschaft unter Druck. Da

werden Maßstäbe gesetzt, die dann für alle gelten.«

Dabei muss das nicht einmal an Ungleichgültigkeit oder mangelnder Solidarität liegen – viele Studierende sind sich schlicht und einfach nicht über ihre Rechte als Arbeitnehmer im Klaren. Taprogge: »Die lassen sich dann leichter über den Tisch ziehen.« Anders als ihre Kollegen haben sie keine Berufsschule hinter sich, wo die Grundlagen in Arbeitsrecht und Arbeitsschutz gelernt werden. Und ein Engagement für den Betriebsrat lohnt sich für einen Sommer oder ein paar Semester schon gar nicht.

Ohnehin arbeiteten die Leute von der Uni immer öfters in der Dienstleistungsbranche, etwa in Call-Centern, »wo totale Flexibilität eh schon Standard ist und Gewerkschaften oft nur eine geringe Rolle spielen«, erklärt ver.di-Sekretärin Sabine Morgenroth. Tarifvereinbarungen können dort oft gar nicht unterhöhlt werden – es gibt nämlich keine. Die Arbeitsverträge sind nicht selten prekär, die Kollegen kommen und gehen. »Die Hausfrau im Call-Center identifiziert sich genauso wenig mit ihrer Arbeit wie die Studenten«, so Morgenroth.

Der früher klassische Sommerferienjob in der Industrie dagegen ist in einigen Branchen vom Aussterben bedroht. Volkswagen zum Beispiel, früher bekannt für seine lukrativen Ferienjobs, beschäftigt nach eigenen Angaben »gar keine Studenten mehr«. Zum einen sei in den letzten Jahren die Belegschaft aufgestockt worden, zum anderen stünden in diesem Sommer erstmals vier Wochen im gesamten Werk die Maschinen still, so die Erklärung eines Pressesprechers. Der Grund: Der Autobranche geht es nicht gut.

Doch es gibt auch Fälle, da profitieren die Studenten von der Wirtschaftskrise. Manche Konzerne nämlich kalkulieren genau andersherum: Statt sich die Studierenden zu sparen, spart man durch sie. Siemens zum Beispiel greift in letzter Zeit wieder besonders gerne auf die Jobber von der Uni zurück, weil die weniger kosten – ohne abgeschlossene Berufsausbildung und ohne Krankenversicherung fällt das Gehalt niedriger aus. Darüber hinaus aber auch, weil sich die Kollegen von der Uni über Jahre hinweg als kompetent erwiesen hätten, wie eine Betriebsrätin berichtet: »Die leisten bei uns gute Arbeit.« Probleme zwischen Stammbesetzung und Studierenden? Die kenne man bei Siemens nicht, sagt die Betriebsrätin: »Wir sind froh, dass wir Werkstudenten haben.« **S**



»Oft heißt es, die wollen nur das Geld«: Studentin bei einer Promo-Aktion in München

Foto: David Auserhofer / Joker

Frei-Abos und Büchergeld

**Stipendien kommen von Stiftungen. Die bekanntesten sind die der politischen Parteien, der Kirchen, der Wirtschaft. Auch der DGB hat eine Studienförderung: die Hans-Böckler-Stiftung (HBS).
Von Jürgen Kiontke**

Für ein Stipendium muss man sich bei der HBS direkt bewerben. Wenn man gefördert wird, erhält man einen monatlichen Zuschuss, der in der Regel in der Höhe des BAföG-Satzes liegt. Darüber hinaus gibt es meist Büchergeld und »ideelle Förderung«.

Die Stiftung fördert aber beileibe nicht alles. Sondern nur das Studium an staatlichen bzw. staatlich anerkannten Universitäten, Gesamthochschulen, Technischen Hochschulen und Pädagogischen Hochschulen in allen Studienfächern, an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, an Fachhochschulen, an Instituten zur Erlangung der Hochschulreife sowie Abendgymnasien. Darüber hinaus vergibt die Stiftung Promotionsstipendien.

Das Studium kann vom ersten Semester an gefördert werden. Das Studium an



HBS: Hilft Studierenden beim Studieren

Foto: David Aussenhofer / Jolker

Abendgymnasien kann erst gefördert werden, wenn aufgrund der Richtlinien des betreffenden Instituts eine Berufstätigkeit nicht mehr ausgeübt werden darf.

Im Rahmen der Studienförderung unterstützt die Stiftung Auslandsaufenthalte ihrer Stipendiatinnen und Stipendiaten. Das Auslandsstudium wird in der Regel für ein akademisches Jahr gefördert. Anträge, die sich nur auf die Förderung des Auslandsaufenthaltes beziehen, werden abgelehnt.

Die materielle Förderung besteht im wesentlichen aus Stipendium und Büchergeld. Der Höchstbetrag des Stipendiums beträgt monatlich 525 Euro in der Grundförderung und 920 Euro in der Promotionsförderung. Unter bestimmten Voraussetzungen wird gegen Nachweis ein Zuschuss zur Krankenversicherung in Höhe von maximal 53 Euro (gilt nicht in der Promotionsförderung) gezahlt. Die Stipendienhöhe wird gegebenenfalls um die den Unterhaltsverpflichteten zumutbaren Eigenleistungen gekürzt. Um diese berechnen zu können, sind die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung verpflichtet, Auskünfte über die wirtschaftliche Lage der Eltern oder des Ehepartners und die eigenen Einnahmen zu erteilen.

Das Stipendium wird auch in den vorlesungsfreien Zeiten gezahlt. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sollen damit in die Lage versetzt werden, ihr Studium planmäßig innerhalb einer angemessenen Studienzeit, die sich nach der im BAföG festgelegten Höchstförderungsdauer richtet, abzuschließen. Das monatliche Büchergeld beträgt 80 Euro in der Grundförderung. In der Promotionsförderung kann eine Forschungskostenpauschale in Höhe von 100 Euro monatlich gewährt werden.

Alle Leistungen erfolgen nach Maßgabe der vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie erlassenen Rahmenrichtlinien für die Begabtenförderung.

Die ideelle Förderung besteht in der Betreuung durch die Referentinnen und Referenten sowie durch die Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Stiftung und die jeweilige Gewerkschaft. Hinzu kommen Seminare und Stipendiatentreffen, Mitarbeit in den Stipendiatengruppen, Berufsinformation, Beteiligung am Praktikantenprogramm und Freiabonnements für die »Gewerkschaftlichen Monatshefte« und »Die Mitbestimmung«.

Die Förderungszusage der Stiftung, die auf höchstens drei Semester befristet ist, wird erst nach Teilnahme an einem Grundseminar der Stiftung wirksam. Die Weiterförderung erfolgt nicht automatisch, sondern auf Antrag und wird in entsprechender Anwendung der für die Auswahl geltenden Kriterien überprüft.

Die Studiennachweise ergänzen dokumentierend die Semesterberichte und die Gutachten. Semesterberichte und Gutachten sollen sowohl über den Fortgang des Studiums als auch über das gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Engagement während des Studiums Aufschluss geben. Darüber hinaus wird für die Weiterförderung die Teilnahme an Seminaren der Stiftung und die kontinuierliche Mitarbeit in der Stipendiatengruppe vorausgesetzt. [5](#)

Informationen zum HBS-Stipendium: Tel.: 0211 / 777 80, www.boeckler.de/studienfoerderung/foerderung/

Eine Übersicht über die wichtigsten Studienstiftungen bietet www.studis-online.de/StudInfo/stipendien.php3

O-TON

»Stipendiaten, greift ein!«

Wir würden uns freuen, wenn sich unsere Stipendiaten stärker für Belange von Lehre und Studium an den Hochschulen engagieren, also mehr Hochschulpolitik mit Blick auf die Zukunft machen würden. Die Unis befinden sich in einer Umbruchsituation, die Gruppenuniversität erfährt Strukturveränderungen im Sinne der Wirtschaft, weg von Magister- und Diplom-, hin zu Bachelor- und Masterabschlüssen. Als Gewerkschaften müssen wir da als politische Kraft wahrgenommen werden.

Studierende sollten wissen: Ihr Arbeitsplatz ist die Hochschule. Gewerkschaftliche Studierende sollten ein Klima schaffen, in dem man sich mit Gewerkschaften auseinandersetzen kann, sie sollten Studierende ansprechen. Trotz Predigens und Bittens bleiben die Stipendiaten oft in ihrem Umfeld: Die meisten kommen eben aus der Bildungsarbeit und denken alle sehr auf den Betrieb bezogen. Statt dessen müsste die Hochschule als Betrieb identifiziert werden. Das fällt schwer. [5](#)

Uwe Dieter Steppuhn, Abteilungsleiter Studienförderung bei der HBS

Ein Job für Studis: Werde Gewerkschaftschef!

Die meisten Gewerkschaften bieten spezielle Trainee-Programme an, um Nachwuchs zu akquirieren und Akademiker auf ihren Beruf in der Gewerkschaft vorzubereiten. So wie bei der IG Metall. Von Jürgen Kiontke

Mit ihrem Traineeprogramm will die IG Metall jungen Männern und Frauen eine fundierte Grundlage für die Tätigkeit als Gewerkschaftssekretärin und -sekretär bieten. Die Programme richten sich zunächst an interessierte Gewerkschaftsmitglieder, Voraussetzung ist die Mitgliedschaft jedoch nicht – im Prinzip kann sich jeder für die zwölfmonatige Ausbildung bewerben, der sich in den Gewerkschaften auskennt und politisch denkt.

»Wir müssen uns die Leute ansehen«, sagt Kornelia Dembowski, eine von vier PersonalentwicklerInnen, die sich bei der IG Metall um die Trainees kümmern. 180 Bewerbungen bekam sie auf die letzte Aus-

schreibung – von insgesamt 24 Plätzen. Das Programm ist gefragt. »Und die Bewerber auch«, sagt Dembowski, »wir sind sehr flexibel, wenn die Leute in unser Programm zu passen scheinen«. Beim letzten Jahrgang macht sie dann auch eine interessante Zusammensetzung der Trainees aus. »Da waren Leute mit Berufsausbildung, Abitur und Studium auf dem zweiten Bildungsweg oder reine Akademiker dabei.« Die Altersgrenze liegt bei 35 Jahren. Sollte aber jemand außerordentliche Qualifikationen mitbringen, sind Sonderregelungen möglich.

Der Rahmenplan der Ausbildung: erst lesen, dann Arbeitskampf. Das Programm enthält einen Mix aus theoretischer und praktischer Bildung. Seminarphasen wechseln sich mit Praxisphasen ab, in denen die Trainees in der IG Metall und bei Betriebsräten hospitieren. Die Ausbildungspläne mit über 40 Bausteinen haben allgemeine und individuelle Anteile. Die Trainees bekommen Einblicke in die Praxis der Organisation und arbeiten sich in relevante Ar-


beitsfelder ein. Vor allem ihre fachliche Kompetenz sollen die Trainees erweitern. Die IG Metall legt deshalb in diesem Programm Wert auf ein breites thematisches Spektrum: Mehrwöchige Einsätze führen die Trainees auch zu Kollege Jürgen Peters im Vorstand, in eine Bezirksleitung und in Verwaltungsstellen der IG Metall ebenso wie zu einem Betriebsrat oder Gesamt- oder Konzernbetriebsrat. Eine Abschlussprüfung gibt es aber nicht.

Unterricht zu Meinungsbildung und Entscheidungsstrukturen, Mitglieder- und Organisationsentwicklung, Arbeit von Betriebsratsgremien, das Zusammenspiel Betriebsrat – Vertrauensleute – Verwaltungsstelle, Gewerkschafts- und Gesellschaftstheorie, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Arbeitsrecht und Tarifpolitik rundet die Ausbildung ab. Dazu enthält sie fächerübergreifende Lerninhalte wie Präsentation und Rhetorik, Moderationstechniken Zeitmanagement und persönliche Arbeitsorganisation.

Methodisches Wissen und Geschick soll die Ausbildung anregen. Durchgehend orientiert sich das Programm an der Idee eines realitätstauglichen Berufsbildes. Viele Lerninhalte sind als »Generalqualifikationen« in der gesamten modernen Arbeitswelt nützlich.

Aber aufpassen: »Die Ausbildung ist konzentriert und straff«, warnt die Metallgewerkschaft.

Dafür gibt es auch was: Trainees bekommen ein Gehalt. Für alle externen Trainees ist es gleich. Kolleginnen und Kollegen aus der IG Metall erhalten mindestens das gleiche Entgelt, haben sie bereits ein höheres, so behalten sie dieses auch während der Ausbildung. Mit dem Traineeprogramm will die IG Metall Nachwuchskräfte gewinnen. Der Normalfall ist darum ein Arbeitsverhältnis nach der Traineeausbildung. Entschieden wird darüber aber erst nach Abschluss der Ausbildung.

»So wie bei Jugendsekretär Dietmar Janßen«, sagt Dembowski. »Der war mal Trainee. Jetzt ist er Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Kempten.« 

Infos: Traineeprogramm der IG Metall. Die Ausschreibungen laufen jedes Jahr im Herbst. Susanne Scholtyssek, Tel.: 069 / 66 93 23 60, Fax: 069 / 66 93 20 58, E-mail: Susanne.Scholtyssek@igmetall.de, www.igmetall.de/die_igmetall/trainee/index.html

GEWERKSCHAFTSSTUDIERTER NR. 1

Hat dir das Studium etwas gebracht, Kollege Sommer?

Die DGB-Jugend hat das Projekt »Students at work« gestartet. Wie ist es bei den Gewerkschaften selbst? Sind sie eine gute Adresse für Akademiker?

Keine Frage! Wir bieten ein abwechslungsreiches Arbeitsfeld, interessante Kontakte zu Beschäftigten, Arbeitgebern und Politik. Da ist Flexibilität und vernetztes Denken gefragt, wissenschaftliche Kenntnisse wie auch politisch kluges Handeln. Das ist doch das Schöne an der Arbeit als Gewerkschafter: Nicht nur das, was man im Hörsaal und dem Seminar lernt, kann man bei uns einbringen.

Welche Qualifikationen sollte man mitbringen, wenn man die Gewerkschaften als Arbeitsfeld entdecken will?


Das kommt auf den Beruf an. In der Öffentlichkeitsarbeit sollte man journalistische Erfahrung mitbringen, in der Sozialpolitik sich am Arbeitsmarkt oder mit Sozialversicherungen auskennen. Gefragt sind ganz unterschiedliche Berufe: Ökonomen, Juristen, Journalisten oder Geisteswissenschaftler. Aber am wichtigs-

ten ist: Man muss über den Tellerrand hinaus denken, kontaktfreudig sein, politisch engagiert sein. Das gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen in der Arbeit als Gewerkschaftssekretär.

Du hast selbst keine klassische Gewerkschaftskarriere hingelegt. Du kamst nicht aus einem Betrieb, du hast selbst »nur« eine akademische Ausbildung...

Das stimmt nicht ganz. Ich habe einerseits Politikologie in Berlin studiert. Aber ich musste mir mein Studium als Briefzusteller gleichzeitig hart verdienen.

Was war deine zentrale Erfahrung als Akademiker im »Betrieb Gewerkschaft«? Gab es Widerstände?

Ich kannte ja beides – die Universität wie auch die Arbeit draußen bei Wind und Wetter. Deshalb gab es auch keine Vorbehalte gegen einen Studierten bei der Deutschen Postgewerkschaft. Früher war es sicher nicht selbstverständlich, Akademiker einzustellen. Inzwischen aber ist das viel stärker akzeptiert. 

Interview: jk

Michael Sommer ist Bundesvorsitzender des DGB.



Herr Sommer

Drei Euro die Stunde

170 studentische Beschäftigte in Göttingen, 300 in Heidelberg, Resolutionen und Proteste aller Orten – das ist der aktuelle Stand der bereits zwei Jahre andauernden Arbeit der studentischen Tarifvertragsinitiative (Tarifini).

Von **Daniel Taprogge**

Knapp 100.000 studentische Beschäftigte arbeiten laut Angaben der Gewerkschaft GEW an den bundesdeutschen Hochschulen. Von geregelten Arbeitsverhältnissen kann man hier jedoch nicht sprechen, nur die Berliner Beschäftigten haben – historisch bedingt – einen Tarifvertrag, der ihnen einen gesicherten Job gewährleistet. In den anderen Bundesländern werden studentische Beschäftigte in den meisten Fällen als flexible Aushilfen eingesetzt: Verträge über drei Monate mit einer Bezahlung zwischen 3,07 Euro (z.B. an der FH Weihenstephan) bis maximal 8,02 Euro und manchmal sehr geringen Stundenumfängen sind keine Ausnahmen.

Um diese Missstände zu beseitigen hat sich die studentische Tarifvertragsinitiative gebildet, unterstützt durch die Gewerkschaften GEW und ver.di wie auch durch den Dachverband der Studierendenvertretungen, den fzs. Mittlerweile arbeiten in fast allen Bundesländern Studierende mit und haben eine breite Bewegung der studentischen Beschäftigten initiiert.

Die Motive für das Engagement sind unterschiedlich. Diana Greim, Mitglied im Personalrat der studentischen Beschäftigten an der TU Berlin, arbeitet aktiv mit, weil »wir im Jahr 2005 den Berliner Tarifvertrag verteidigen müssen, hierfür benötigen wir natürlich auch bundesweite Unterstützung«. Alexandra Ortmann, studentische Beschäftigte an der Uni Göttingen hingegen will »endlich eine tarifliche Absicherung meines Arbeitsverhältnisses« erreichen.

Das Hauptziel steht also fest: eine möglichst bundesweite tarifliche Absicherung der studentischen Beschäftigungsverhältnisse. Die Forderungen der Initiative orientieren sich am Berliner Tarifvertrag: ein Stundenlohn von elf Euro, 30 Tage Urlaub, Möglichkeit des Sonderurlaubs für Prüfungen, Auslandsaufenthalt und Praktika, um nur einige zu nennen.

Die Tarifini hat in den letzten beiden Jahren eine beachtliche Kraft entfaltet, nicht nur in den studentischen Gewerkschaftsstruktu-

ren werden die Forderungen in Taten umgesetzt, auch fzs und lokale Studierendenvertretungen unterstützen die Forderung nach einer tariflichen Absicherung.

Aktivitäten haben nicht zuletzt die Lohnkürzungen in Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg (wie nun auch in Bayern und Rheinland-Pfalz) hervorgerufen. In diesen Ländern wurde die Kündigung der Arbeitszeitvorschriften im Bundesangestelltentarifvertrag BAT für die Arbeitgeber zum Argument, auch den studentischen Beschäftigten ihren Lohn entsprechend zu kürzen. Die Argumentation hierfür ist zynisch: die bisherigen Stundensätze seien auf Grundlage der Arbeitszeit des Öffentlichen Dienstes berechnet. Erhöht sich diese, so muss auch der Stundenlohn einer studentischen Hilfskraft angepasst werden – natürlich nach unten. In den vergangenen Lohnrunden wurden die Verbesserungen nicht an die studentischen Beschäftigten weitergeben, die Verschlechterungen müssen sie nun jedoch mittragen.

Diese Ungerechtigkeit haben die Studierenden nun noch stärker mobilisiert. Rund 130 studentische Beschäftigte an der Uni Göttingen haben auf einer Vollversammlung neben der Rücknahme der Kürzungen den niedersächsischen Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder dazu aufgefordert, eine tarifliche Absicherung zu fördern. Ähnliche Forderungen haben studentische Beschäftigte auch in anderen Städten aufgestellt.

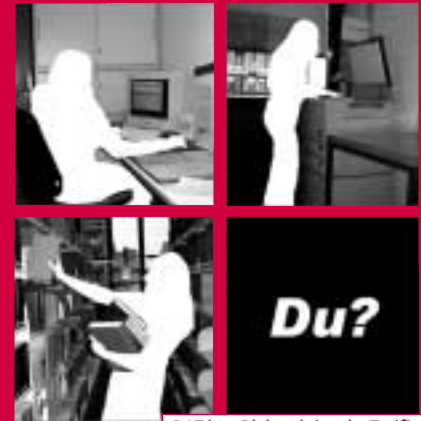
INITIATIVEN

Münster: Im Radio beraten lassen

Immer mehr Campus Offices gibt es – junge GewerkschafterInnen sind vor Ort, fit in Arbeitsrecht, sozialen Fragen und studentischen Belangen. Nur: Wie macht man das bekannt? Klar, ab in die Medien. Doch die müssen sich erst einmal interessieren. Aber es braucht ja auch nicht immer gleich die Tageszeitung zu sein. So hat der DGB Münsterland das Radio für sich entdeckt – und feiert nun stete Erfolge. Denn in und um Münster hören rund 5.000 Studierende freitags das Morgenprogramm von »Radio Q«, dem Campusradio der Uni Münster. Diese Gelegenheit wollte sich Jugendbildungsreferentin Anne Sandner nicht entgehen lassen. Und am 25. Juni 2004 war es dann so weit: Zwei



Studentische Beschäftigte sind unentbehrlich!



BAT her: Plakataktion der Tarifini

Deutlich wird in dem aktuellen Konflikt um die Arbeitszeit, dass die Studierenden ebenso wie die regulären Beschäftigten in den Fokus gewerkschaftlicher Arbeit gehören. Bereits in den abgebrochenen Verhandlungen mit den Ländern zu tariflichen Regelungen im Wissenschaftsbereich haben die Gewerkschaften darauf gedrängt, dass die studentischen Beschäftigten künftig im BAT abgesichert werden. Diese Forderung traf natürlich auf den Widerstand der Arbeitgeber.

Eine tarifliche Regelung wird nur durch den Druck der Beschäftigten und die Unterstützung der Gewerkschaften zu erreichen sein. ☐

Info: www.tarifini.de

Stunden räumten die RadiomacherInnen ihr ein. »Studentische Jobber« hieß die Sendung und bot HörerInnen die Möglichkeit, ihre Fragen direkt übers Telefon zu stellen und on air beantworten zu lassen. Sie nutzten sie so weidlich, dass »Radio Q« und der DGB die Aktion über die Sendung hinaus verlängerten und auch auf direkte telefonische Fragen und E-mails reagierten. Anne Sandner: »Wir werden diese Form der Arbeitsrechtsberatung für jobbende Studierende auf jeden Fall wiederholen. Die Resonanz fand ich erstaunlich gut.«

Die Universität in Münster ist über das ganze Stadtgebiet verteilt – die Studierenden haben es weit. Ein Weg in die Sprechstunde ist, bei nicht so existenziellen Problemen, sehr belastend – der Griff zum Telefonhörer ist da viel einfacher. ☐

Andreas Schackert

Information ist alles

Schlechtes Gefühl beim Unterschreiben des Arbeitsvertrages? Ärger mit dem Arbeitgeber? Seit zwei Jahren bietet das DGB-Jugend-Projekt »Students at work« online erste Beratung in allen Fragen rund um die Erwerbsarbeit. Zusätzlich entstehen immer mehr Campus Offices vor Ort. Von Jeannette Goddar

Drei Jahre hat Anja Schiller in einem kleinen Laden in Berlin-Schöneberg Postkarten gepackt. Jeden Dienstag saß sie sechs Stunden lang in einem weitgehend luftleeren und fensterlosen Raum und packte für sechs Euro die Stunde kleine und mittlere Pakete für den Vertrieb. Außer, sie wurde gerade nicht gebraucht. Das erfuhr sie, wenn sie Glück hatte, am Abend vorher. Wenn sie Pech hatte, sagte man es ihr erst, als sie vor der Tür stand. Vor ein paar Monaten baute sich ihr Chef vor ihr auf: Er habe keine Verwendung mehr für sie. Ab sofort. Begründung: keine. Weil sie weder Lust noch Zeit hatte, sich lange mit ihm herumzustreiten, suchte Anja sich einen neuen Job. Jetzt wischt sie in einer homöopathischen Praxis für 7,50 Euro pro Stunde den Fußboden.

Man mag es für einfältig oder auch konsequent halten, dass die 25-Jährige nicht um einen Job gekämpft hat, der ihr ohnehin nie Spaß gemacht hat. Fest steht aber erstens:

Die fristlose Kündigung war illegal. Zweitens: Was ihre Arbeitszeiten betrifft, wäre sie gut beraten gewesen, diese von vornherein vertraglich zu regeln, mit Stundenzahl und Urlaubsanspruch. Damit, dass sie sich nicht hat beraten lassen, ist Anja Schiller in manigfacher Gesellschaft. Zwar müssen sich laut der jüngsten Erhebung des Deutschen Studentenwerks zwei von drei Studierenden Geld dazuverdienen. Kaum einer weiß aber, welche Rechte und Pflichten sich aus der Arbeit ergeben. Mit Steuerpflicht, Sozialrecht, Krankengeld- und Urlaubsansprüchen kennt sich zwar jeder »echte« Arbeitnehmer halbwegs aus – aber kaum einer, der »nur« nebenbei arbeitet und die Uni und nicht den

Job als seinen Lebensmittelpunkt betrachtet (siehe Interview).

Das muss nicht so sein: Das schlichte Verfassen einer E-mail reicht aus, um kompetente Beratung zu bekommen. »Students at work« heißt das Projekt der DGB-Jugend, das seit nunmehr fast zwei Jahren jedem offensteht. Kernstück ist das Onlineportal: Unter www.students-at-work.de können per Mail alle Fragen zum persönlichen Arbeitsverhältnis gestellt werden. Häufig dürfte allerdings schon ein Blick auf das dort bereits gesammelte Material ausreichen, um Klärung herbeizuführen. Unter den Stichworten »Beschäftigungsverhält-



Information ist fast alles – typischer Studijob I: abendlicher Zeitungsverkauf

Foto: David Aussenhofer / Joker

CAMPUS OFFICE

»Wedeln nicht mit Beitrittserklärungen«

Studierende haben oft eine große Distanz zu Gewerkschaften, meint Lehramtsstudent Christian Osinga, der Studierende im Campus Office an der Universität Bielefeld berät.

Wird die Jobberatung angenommen?

Durchaus. Natürlich wechselt die Nachfrage: Am Anfang des Semesters haben alle etwas anderes zu tun, als sich um ihre Jobs zu kümmern; dafür stehen sie kurz vor Semesterende reihenweise mit Fragen zu Ferienjobs vor der Tür. Alles in allem sind wir aber zufrieden.

Welches sind die häufigsten Probleme, mit denen Studierende kommen?

Etwa zwei Drittel haben arbeits- oder steuerrechtliche Fragen: Wie viele Minijobs kann ich

kombinieren, ohne Steuern zu zahlen? Ab welcher Verdienstgrenze wird das Kindergeld gestrichen? Wie lange bleibe ich über meine Eltern krankenversichert?

Sind das nicht alles Fragen, die man auch gut mal eben im Netz nachsehen könnte?

Das stimmt. Aber für viele ist der gesamte Komplex »Arbeitsrecht« extrem weit weg. Der durchschnittliche Student begreift sich in erster Linie als Studierender, in zweiter als studentischer Jobber und ganz zuletzt als Arbeitnehmer. Etwa ein Drittel der Leute, die uns besuchen, tun das aber auch wegen konkreter individueller Sachverhalte. Sie wissen nicht, wie sie ihren Urlaubsanspruch durchsetzen sollen, wollen als ausländischer Studierender eine Arbeitserlaubnis bekommen oder warten seit Wochen auf ihr Geld.

Leistet das Campus Office notfalls auch Rechtsbeistand?

Nicht direkt. Im Einzelfall können wir versuchen, die Gewerkschaften auch dann einzu-

schalten, wenn jemand nicht Mitglied ist. Ansonsten erörtern wir, ob es Sinn macht, einen AstA-Anwalt einzuschalten oder erklären, wie man Prozesskostenhilfe beantragt.

Treffen Sie jemals auf studierende Gewerkschaftsmitglieder?

Eigentlich nur, wenn er oder sie vor dem Studium eine Ausbildung gemacht hat und immer noch zum Beispiel in der IG Metall oder bei ver.di ist. Bei den anderen muss man ehrlicherweise sagen, dass die Distanz enorm ist. Trotzdem wird unsere Arbeit angenommen. Manche fragen nach einer Beratung auch gezielt nach der Arbeit und der Rolle von Gewerkschaften. Natürlich wedeln wir nicht mit Beitrittserklärungen.

Aber wir leisten klassische Vorfeldarbeit zur Mitgliedergewinnung: Der ein oder andere erinnert sich vielleicht an uns, wenn er eines Tages mal einen »richtigen« Job hat. [S](#) Interview: jago



Herr Osinga

nisse«, »Sozialversicherung«, »Steuern«, »Deine Rechte im Job« und »Praktika« werden die typischen Fragen rund um den durchschnittlichen Studentenjob beantwortet. Dort steht zum Beispiel, welche Vorteile ein Arbeitsvertrag hat, wie es mit dem Kündigungsschutz bei Nebenjobbern ist, ab welcher Verdienstgrenze Steuern zu zahlen sind und ob es Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt. Außerdem werden die studententypischen Beschäftigungsverhältnisse als Praktikanten beleuchtet.

Hinter dem Online-Auftritt stehen Projektleiterin Mirjam Muhs und die Mitarbeiter Andreas Schackert und Daniel Taprogge. In einem kleinen Büro im Haus des DGB-Bundesvorstands am Hackeschen Markt in Berlin beantworten sie alle Fragen, versuchen aber auch, dem Thema zu mehr Öffentlichkeit zu verhelfen. »Grundsätzlich gilt: Auch Studierende haben Rechte!«, sagt

Kürze gilt: Bis zu 400 Euro-Jobs gelten als Minijobs und werden generell nicht besteuert; in der Praxis dürfen regelmäßig auch bis zu 800 Euro verdient werden. Bei Zusatzverdiensten von mehr als 360 Euro vermindern sich allerdings etwaige Bafög-Bezüge. Von den Beiträgen zu Arbeitslosen-, Kranken- und Sozialversicherung bleibt befreit, wer nicht mehr als 19 Stunden pro Monat arbeitet. In der vorlesungsfreien Zeit darf mehr gearbeitet werden. (siehe auch Seite 10/11)

Nach Ansicht Schackerts lassen sich Studierende eine Menge Geld entgehen, weil sie sich zuwenig bis gar nicht um ihre Arbeitnehmerrechte kümmern. »Dass Leute sich kommentarlos kündigen lassen oder über ihr gesamtes Studium nie Urlaubsgeld beanspruchen, spart die Arbeitgeber Millionen«, sagt er. Wenn Studierende doch auf irgendeinem Weg von ihren Rechten erfahren, falle so mancher aus allen Wolken:



Typischer Studijob II: Babysitten

Foto: David Aussemhofer / Joker

Andreas Schackert. Das heißt, um ein paar der FAQs, also der am häufigsten gestellten Fragen, stenografisch gleich hier zu beantworten – erstens: Auch wer mal mittwochs, mal freitags und mal samstags in einer Kneipe oder einem Call-Center arbeitet, hat Anspruch auf seinen vollen Lohn, wenn der Einsatz verabredet war und er oder sie kurzfristig krank wird.

Zweitens: Auch Teilzeitkräfte haben Urlaubsanspruch.

Drittens: Auch für studentische Jobber gilt die gesetzliche Kündigungsfrist von vier Wochen zum 15. oder zum Ende eines Monats, ab fünf Jahren von zwei Monaten.

Viertens: Wenn in der Branche oder in dem Unternehmen ein Tarifvertrag existiert, gilt der für alle ArbeitnehmerInnen – also auch für Studierende.

Immer wieder gern gefragt wird auch nach den Grenzen von Steuerfreiheit und Befreiung von der Sozialversicherungspflicht. In

»Wer von der Schule auf die Uni geht, ist meist noch nie mit Arbeitsrecht in Kontakt gekommen«, sagt Schackert. »Dabei wird vieles einfacher, wenn man sich ein bisschen informiert.«

Wer sich ein bisschen informiert, erfährt übrigens auch so manches interessante Detail aus der Rubrik »Studentenjobs«. Zum Beispiel, dass es in Sachen Verdienst überhaupt nicht egal ist, wo Student oder Studentin sich niederlässt. In der Bankenmetropole Frankfurt am Main zum Beispiel werden auch Studierende mit durchschnittlich 10,60 Euro am besten entlohnt. Den zweiten Platz belegt das teure München mit zehn Euro, gefolgt von Berlin und Düsseldorf mit 9,50. In Leipzig und Dresden hingegen wird der statistische Jobber auch im 21. Jahrhundert noch mit 6,30 pro Stunde abgespeist.

Außer online können Studierende sich inzwischen in 16 Städten auch auf dem Campus beraten lassen. In so genannten Cam-

pus Offices (DGB-Jugend) oder HIBs (Hochschulinformationsbüros) findet meist einmal wöchentlich eine Sprechstunde in Zusammenarbeit mit »Students at work« statt. Bisher gibt es Beratungsbüros in folgenden Städten: Hamburg, Bremen, Berlin, Potsdam, Hannover, Braunschweig, Münster, Bielefeld, Magdeburg, Dortmund, Göttingen, Kassel, Marburg, Köln, Fulda, Mainz, Darmstadt, Freiburg, Regensburg. [S](#)

www.students-at-work.de

WIE GEHT...

»Students at work«?

Zwei Drittel aller Studierenden arbeiten neben dem Studium, die meisten davon sind auf jeden Cent aus dem Nebenjob angewiesen. Aber wer weiß schon genau, worauf man beim Jobben achten muss?

»Students at work« ist die Beratungshomepage der DGB-Jugend für erwerbstätige Studierende. Auf den Seiten erhält man Informationen zu arbeitsrechtlichen Themen wie Gehalt, Urlaub, Kündigung, Arbeitsvertrag, Gültigkeit eines Tarifvertrages etc. und zu allen sozialrechtlichen Fragen rund um die Krankenversicherung, Rentenversicherung usw. Dazu bieten wir auch einen Service zu allen anderen Fragen rund um Studium und Geld: Stipendien, Praktika, Unterhalt von den Eltern, Studiengebühren, Jobbörsen, und Tipps für Absolventen.

Sollten die ausführlichen Texte Fragen nicht beantworten, kann man eine E-mail ans Beraterteam schicken und erhält in Kürze Antwort. Parallel zu unserer Homepage werden immer mehr Beratungsangebote vor Ort an den Hochschulen geschaffen.

»Students at work« vernetzt darüber hinaus gewerkschaftliche Beratungsangebote für Studierende bundesweit und unterstützt Initiativen zur Verbesserung der Situation der 1,18 Millionen erwerbstätigen Studierenden in Deutschland.

Das Projekt unter der Leitung von DGB-Jugendsekretärin Mirjam Muhs entstand auf lokaler Ebene in München und wanderte 2001 im Gepäck des Jugendgewerkschafters Christian Kühbauch nach Berlin auf Bundesebene. Die Fragen werden direkt beantwortet oder die »Fälle« an die zuständige Gewerkschaft weitergeleitet.

»Zunächst erhielten wir ca. sieben Mails pro Woche«, sagt Projektmitarbeiter Daniel Taprogge. Zur Zeit sind es zwölf Anfragen, die das Team beantwortet. Insgesamt hat es bisher ca. 100.000 Seitenaufrufe gegeben. Taprogge: »Wir verzeichnen einen Zuwachs von elf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Moment wollen die Leute am ehesten wissen, wie man zum Beispiel zwei Jobs kombiniert.«

Taprogge ist selbst ein »Student at work«: »Ich war Sozialreferent im AStA der Uni Potsdam. Da hat mich dann die GEW weggeschnappt – wir hatten schon versucht, etwas Ähnliches aufzubauen wie die Beratungshomepage – nur in kleinerem Maßstab.« [S](#) **jk**


Verlinken & Vernetzen

Gewerkschaftliche Kooperationsstellen organisieren die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Arbeitswelt.

Kooperationsstellen sollen die Zusammenarbeit zwischen den Partnern Hochschule und Gewerkschaft herstellen. Ihre Aufgabe: dafür Sorge tragen, dass die Probleme der Arbeitswelt und die Interessen der Beschäftigten in Lehre, Forschung und Weiterbildung verstärkt berücksichtigt werden. ArbeitnehmerInnen und gewerkschaftlichen und betrieblichen FunktionärInnen sollen sie einen adäquaten Zugang zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit eröffnen.

Voraussetzung für ihre Arbeit ist dabei der Auf- und Ausbau einer angemessenen Infrastruktur im universitären wie auch gewerkschaftlichen Bereich. Verändert hat sich auch das Profil der Kooperationsstellen. Während in den Anfangsjahren der Wissenstransfer zwischen Universität und Arbeitswelt im Vordergrund stand – kritische WissenschaftlerInnen hatten gerade die Hochschulen erobert, und

die Universitäten öffneten sich zunehmend für Fragestellungen, die auch für ArbeitnehmerInnen interessant sind –, liegt heute ein Schwerpunkt bei den StudentInnen. Konsequenz in der Praxis: Organisation von Ringvorlesungen, aber auch Vermittlung von Praktikumsplätzen. Zudem wird sich dem »Kerngeschäft« gewidmet: Tagungen und Seminare organisieren, die Vermittlung von ExpertInnen für Betriebsarbeit, das Anschließen von Forschungsprojekten.

Eine einheitliche Ausrichtung haben die Kooperationsstellen dennoch nicht, dafür sind die regionalen Prägungen der jeweiligen Universitäten zu unterschiedlich. Deshalb wird eine stärkere Vernetzung angestrebt. Und: weitere Dependancen sollen – vor allem in den östlichen Bundesländern – entstehen. Die Kooperationsstellen werden dabei finanziell von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt.  *jk*


Beraten & Mitmachen

Was die Koops für die Forschung sind, das sind die Hochschulinformationsbüros (HIBs) für die materielle Seite der Studierenden.

Die HIBs und Campus Offices leisten Hilfestellung bei Fragen, die die Erwerbstätigkeit betreffen – welche Rechte habe ich am Arbeitsplatz, wie setze ich sie durch? Auch in der Hochschulpolitik mischen die HIBs mit. Gemeinsam mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften, Bildungsträgern und Studierendenvertretungen organisieren sie Infoveranstaltungen.

Wer Fragen zum Thema Bewerbung hat, kann sich ebenfalls an die HIBs wenden. Sie

veranstalten u.a. Seminare und Bewerbungstraining. In den Seminaren geht es darum, die eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten einzuschätzen und sich mit beruflichen Wünschen und Zielen auseinanderzusetzen. Daneben gibt es Tipps für die Anfertigung der schriftlichen Bewerbungsunterlagen und Übungen zu Vorstellungsgesprächen.

Die HIBs beraten zudem in arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Fragen und Möglichkeiten des Engagements.  *jk*

VOR ORT I

Kooperationsstellen

Gemeinsame Arbeitsstelle der Ruhr-Uni **Bochum** und der IG Metall, rubigm.ruhr-uni-bochum.de

Kooperation Hochschulen – Gewerkschaften in **Osnabrück**, www.koophgos.uni-osnabrueck.de/koopwiar.html

Kooperation Hochschulen – Gewerkschaften **Göttingen**, www.kooperationsstelle.uni-goettingen.de

Kooperationsstelle **Hamburg**, www.rrz.uni-hamburg.de/kooperationsstelle-hh/

Kooperationsstelle Hochschule und Arbeitswelt der Universität des **Saarlandes**, www.uni-saarland.de/de/organisation/zentrale_einrichtungen/kha/

Kooperation Hochschulen – Gewerkschaften in **Oldenburg**, www.uni-oldenburg.de/kooperationsstelle/

Kooperationsstelle Hochschule – Gewerkschaften **Region Süd-Ost-Niedersachsen** an der TU Braunschweig, www.koop-son.de

Kooperationsstelle Universität **Halle** – DGB Sachsen-Anhalt, www.koop-dgb.uni-halle.de

Kooperationsstelle Universität und Arbeitswelt an der Humboldt-Uni **Berlin**, www.hu-berlin.de/studium/beruf/

FU **Berlin** Weiterbildungszentrum, FU-DGB Kooperationsstelle, www.fu-berlin.de


Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt Zentraleinrichtung Kooperation an der TU **Berlin**, www.tu-berlin.de/zek/koop/index.html

Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Europa-Universität Viadrina, **Frankfurt/Oder**, www.kowa.euv-frankfurt-o.de/kono/kowa_ffo/body_kooperationsarbeit.html

Kooperationsstelle **Dortmund**, www.kowa-dortmund.de/

Kooperation Universität – Arbeiterkammer **Bremen**, www.kua.uni-bremen.de/

www.iaw.uni-bremen.de/
Netzwerk der Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften in **Niedersachsen und Bremen**, www.kooperation-hochschule-gewerkschaft.de/

Kooperationsstelle Hochschulen-Gewerkschaften **Hannover – Hildesheim**, www.kooperationsstelle-hannover-hildesheim.de/ 

VOR ORT II

HIBs und Campus Offices

Berlin, Humboldt-Universität-BeraterInnen-Netzwerk, Monbijoustr. 3, Tel.: 030 / 20 93 21 45, E-mail: beratung.arbeit@referat.hu-berlin.de

Bielefeld/Paderborn, DGB Campus Office Bielefeld & GEW-Hochschulinformationsbüro, Marktstr. 10, Tel.: 0521 / 17 33 17, E-mail: hib-bielefeld@web.de

Braunschweig, HIB, E-mail: kontakt@hib-braunschweig.de, www.hib-braunschweig.de; HIB der IG Metall Braunschweig, Spielmannstr. 13, Tel.:

0531 / 38 08 01 88, E-mail: kontakt@hib-braunschweig.de, www.hib-braunschweig.de

Bremen; HIB des DGB, Enrique-Schmidt-Str. 7, Tel.: 0421 / 218 47 47, E-mail: hib@uni-bremen.de, www.gew-hb.de/Hochschulinformationsbuero.htm

Dortmund/Bochum GEW Hochschulbüro, Emil-Figge-Str. 50, Tel.: 0231 / 14 88 81, E-mail: hib-dortmund@gew-lass.de, www.gew-dortmund.de/hib/

Göttingen, doppel punkt – ver.di und IG Metall, Expo-Plaza 3, Tel.: 0511 / 848 58 77, E-mail: post@doppel punkt-net.de

Freiburg, HIB, Belfortstr. 24, Tel.: 0761 / 203 20 32, www.hib-freiburg.de

Hannover, HIB des DGB, Königsworther Platz 1, Tel.: 0511 / 700 07 81, E-mail: hib@comlink.org, www.dgb-hannover.de/hib/

Köln/Bonn, Hochschulbüro der GEW, Hans-Böckler-Platz 9, Tel.: 0221 / 51 62 67, E-mail: gew-koeln@netcologne.de, www.gew-koeln.de/2/hib/

Magdeburg, HIB des DGB, Tel.: 0391 / 67 12 630, E-mail: [hochschulinformationsbuero@student.uni-](mailto:hochschulinformationsbuero@student.uni-magdeburg.de)


[magdeburg.de, www.uni-magdeburg.de/hibmd](http://www.uni-magdeburg.de/hibmd)

Marburg, Hochschulbüro der GEW Hessen, Schwanenallee 27–31, Tel.: 064 21 / 95 23 95, E-mail: astaets@hessen.gew.de, www.uni-kassel.de/gew/gewks14.htm

München, Soziale Informations- und Beratungsstelle der StuVe, E-mail: michaelb@stuve.uni-muenchen.de, www.bayern.gew.de/lass/hochschulgruppen/muenchen/visitenkarte_um.html

Münster, Hochschulbüro der GEW; DGB Campus Office, DGB-Jugend Münsterland, Zumsandestr.

35, Tel.: 0251 / 136 72 75, E-mail: hib-muenster@gew-lass.de, www.gew-lass.de;

Potsdam, DGB Campus Office, Herrmann-Elflein-Str. 10, E-mail: beratung@studiberatung-potsdam.de, www.studiberatung-potsdam.de 

Die Zielgruppe

Studierende sind für die Gewerkschaften keine ganz neue Zielgruppe. Projekte gibt's bei vielen Einzelgewerkschaften schon lange – aus unterschiedlichen Motiven heraus. Beispiele beschreibt Christian Honnens.

Studierende sind für Gewerkschaften aus zwei Gründen interessant: Einerseits sind sie schon beim Jobben neben dem Studium zumindest nebenberuflich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Andererseits werden es die meisten von ihnen auch nach dem Ende ihres Studiums sein – und dann häufig in relativ gut bezahlten Positionen. An diesen beiden Ebenen orientieren sich auch die gewerkschaftlichen Projekte für Studierende: Einige kümmern sich um Studierende als eine von mehreren Beschäftigtengruppen, mit denen die Gewerkschaften in ihrer normalen Betriebsarbeit zu tun haben. Andere machen originäre Studierendenarbeit – mit dem Ziel, Studierende als Mitglieder zu organisieren.

IG Metall: Auch Studis sind »U 35«

Um dem schwindenden Anteil junger Gewerkschaftsmitglieder entgegen zu wirken, initiierte die Industriegewerkschaft Metall im vergangenen Jahr das Projekt »U 35«, das sich zum Teil an Studierende richtet. Ziel ist es laut der Projektleiterin im Bundesvorstand, Myriam Kagischke, Mitglieder schon in ihrer Studienzeit zu werben. »Wir sind nicht nur die mit den roten Fahnen, sondern auch kompetente Ansprechpartner in allen Arbeitsfragen«, beschreibt Kagischke das Bild, das in der Vorfeldarbeit vermittelt werden soll. Zudem gehe es darum, auf gewerkschaftliche Mitspracherechte an den Hochschulen aufmerksam zu machen. Schließlich würde die IG Metall im Rahmen ihrer dortigen Gremientätigkeit sogar die Inhalte von Studiengängen mitbestimmen.

Insgesamt können sich Studierende bei der IG Metall auf verschiedenen Ebenen an den Gremien beteiligen. Bundesweite oder landesweite Gremien nur für Studierende gibt es aber nicht.

GEW: Originäre Studi-Vertretung

Bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit ihrer langen Tradition in kontinuierlicher Studierendenarbeit gibt es diese Gremien seit den 1980ern. Die GEW sehe sich als prinzipielle Vertretung aller Studierenden an, sagt Carsten Peters. Er ist Sprecher

des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten (BASS). Mit dem Bundesausschuss und Landesausschüssen in allen Bundesländern habe man eine einzigartige Struktur, die es bei den anderen Gewerkschaften so bisher nicht gebe. Auch die Hochschulinformationsbüros (siehe S. 18) in vielen Städten gehen in der Regel auf die Initiative der GEW zurück. Die Studierenden in der GEW, die auch in zahlreichen Unigruppen an den Hochschulen vor Ort aktiv sind, setzen sich vor allem mit originär hochschulpolitischen Themen wie Studiengebühren, Bildungsfinanzierung und der Bezahlung studentischer Hilfskräfte auseinander. Die Erfahrung dabei



Organisationsziel: Studentischer Sales Assistent

Foto: David Ausserhofer / Jolker

zeigt laut Peters, dass viele Studierende in diesen Bereichen sehr interessiert seien und gewerkschaftliches Engagement daher so notwendig wie lohnend sei.

ver.di: Pilotprojekte und Politik

Auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bemüht sich verstärkt um studentische Mitglieder. In einem Pilotprojekt in fünf Universitätsstädten habe man die Motive der Studierenden für eine Mitgliedschaft analysiert, erklärt Alexandra Grimm von der Arbeitsgruppe Studierende im Landesbezirk Hamburg. Dabei habe sich gezeigt, dass ver.di dann besonders wahrgenommen werde, wenn sie den Studierenden bei ihren Nöten und Problemen beistehe und sich ein Kontakt besonders durch persönliche Gespräche herstellen lasse.

Aber auch durch politisches Engagement im Unibereich macht ver.di verstärkt auf sich aufmerksam. »Seit ver.di zusammen mit den Studierenden gegen Einsparungen im Hochschulbereich kämpft, sind viele Leute eingetreten und tun dies auch weiterhin«, sagt Olaf Hartmann, ver.di-Jugendsekretär im Bezirk Region Hannover.

ver.di habe bei Studierenden viel Vertrauen zurückgewonnen und damit deren Skepsis gegenüber Gewerkschaften aus den neunziger Jahren verringert.

Dies zeigt sich auch an den neuen Organisationsstrukturen für Studierende. Im vergangenen Juli konstituierte sich bei ver.di eine Projektgruppe Studierende. Ihr Ziel ist der Aufbau einer bundesweiten Arbeitsgruppe innerhalb des Fachbereichs 5 – Bildung, Wissenschaft und Forschung. In zahlreichen Bundesländern haben sich schon studentische Arbeitsgruppen gegründet. »Wenn sich ver.di zu hochschulpolitischen Themen äußert, werden sie zu-

künftig an den Positionen verstärkt mitarbeiten«, so Birthe Haak von der Projektgruppe.

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di hat mit dem dju-Campus (www.dju-campus.de) ein Hochschulportal entwickelt, das sich speziell an den journalistischen Nachwuchs richtet. »Hilfe beim Kontakte knüpfen, Präsenz zeigen, Kompetenz beweisen und Wissen vermitteln«: So beschreibt Projektleiterin Susanne Stracke-Neumann die Richtung.

Und sonst: Infos für jobbende Studis

Andere Gewerkschaften wie die Nahrungsgenuss-Gaststätten (NGG) haben mit Studierenden nur zu tun, wenn sie neben dem Studium jobben, etwa in der Systemgastronomie. Weil sie oft flexibel seien und wegen der Semesterferien kürzer und dabei oft härter arbeiten könnten, würden sie immer wieder gegen die Restbelegschaft ausgespielt, sagt NGG-Bundesjugendsekretär Gerd-Joachim Langecker. Daher wolle man Studierende mit einer Broschüre, die zur Zeit mit dem DGB und »Students at work« erarbeitet werde, verstärkt über ihre Rechte aufklären. 5

Mein (sc)heißester Job

Die Soli aktuell-Umfrage

Streichholzheftchen korrigieren. Die überflüssige Null aus der aufgedruckten Telefonnummer streichen. Hab aber lieber die Option auf Stunden des Stumpfsinns aus meiner Planung gestrichen. Alternative: Kellnern. Ist ja nicht schwachsinnig, das ist bitter notwendig in einer Universitätsstadt, wie wir alle wissen.

Silke, 26, Soziologin

Gehen auch einfach beschissene Jobs oder müssen sie vor allem schwachsinnig sein?

Sonja, 27, Germanistikstudentin und Mitautorin des Buches »Brüste kriegen«

Mein sc(h)eißester Job? In der Hamburger-Bude. Turnschuhe waren verboten, also rannte ich mit glatten Ledersohlen rum. Weil da immer Wasser auf dem Boden rumstand, geschah Folgendes: Ich rutsche, kann mich aber noch gerade abstützen – mit dem Unterarm auf der Grillplatte. Es wird da eben nicht nur Rindfleisch gegrillt. Noch mal Hitze: Schmeiß mal drei Kilo Fritten ins heiße Fett – muss ja schnell gehen. Da hüpfte die heiße Margarine umgehend wieder aus ihrer Wanne heraus. Auf die Haare, aufs Hemd, aufs Höschen, auf die Hände. Schöne Brandflecken. Es werden eben dort nicht nur Kartoffelstücke kross gebraten. Was tun? Die verbrannten Stellen sofort kühlen. Am besten im Eisfach. Da werden also nicht nur Lebensmittel gefroren.

Karl, 27, Student der Bibliothekswissenschaften (zwangsexmatrikuliert)

Ich habe mal in einem Berliner Wettbüro für Pferdewettrennen gesessen. Die Rennen liefen mittwochs, sonnabends und sonntags. Ein Wochenende war Hoppegarten dran, den anderen Sonntag Karlshorst – Trabrennbahn und Pferderennbahn. Dann wurden sechs Wettbüros angerufen, alle halbe Stunde, die ihre gesamten Einsätze durchgaben. Am Schlimmsten war das

Zusammenrechnen, denn zwei hieß 2,50 Mark Einsatz und sieben gleich 7,50 Mark. Ich glaub, ich hab's nur dreimal geschafft, mich nicht zu verrechnen. Aber es gab wirklich gutes Geld!

Sylvia, 38, Theaterpädagogin



Ich habe da ja einiges zu bieten:

- deodorisierte Slipeinlagen im Akkord verpackt mit entsprechender Reizung der Schleimhäute
- drei Monate mit einer Pinzette Pflanzenreste aus Wolldecken herauszupfen
- in 14-Stundenschichten auf einer Reiter- und Pferdemesse leuchtfarbene Reithosen an dickärschiges Publikum verkauft.

Claudia, 34, Volkswirtschaftlerin, ehemals DGB-Bundesjugendsekretärin

Ob ich gern telefonieren würde, fragte mich der Mann, der auf meine Anzeige geantwortet hat-

te. Zehn Euro pro Anruf. Für zehn Minuten. Das Geld könne ich mir dann immer am Ende der Woche bei ihm im Laden abholen. Was ich denn sagen müsste, fragte ich als umfrageversierte Interviewerin. Ich müsse bloß freundlich sein, ein bisschen was von mir erzählen, das auch nicht stimmen müsse, und ab und zu ein paar Geräusche von mir geben. Ich ließ den ersten Anruf durchstellen. Und – na klar: Der arme Mensch hatte für Telefonsex bezahlt. Und ich stand da mit dem Festnetztelefon (mit Schnur!) am Ohr im Flur der WG. Tagelang hab ich noch auf Schmährufe meines Auftraggebers gewartet. Die blieben aus, das Geld hab ich mir allerdings auch nie abgeholt.

Elke, 29, Medizinstudentin

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: *Ingrid Sehrbrock*

Herausgeber:

*DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,
Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409*

E-mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: *toennes druck + medien gmbh, Erkrath*

Redaktion: *Jürgen Kiontke*

Grafik: *Heiko von Schrenk*

Aboverwaltung:

*Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166,
E-mail: daniela.linke@bv.dgb.de*

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	